

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

2. Sitzung vom 21. März 2022 von 18:00 bis 21:20 Uhr im Casino Wohlen

---

<b>Vorsitz</b>	Cyrille Meier, Präsident
<b>Protokollführung</b>	Michelle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.
<b>Präsenz</b>	<b>Einwohnerrat 18:00 – 18:48 Uhr</b> Mitglieder des Einwohnerrats: 38 Absolutes Mehr: 20 Zweidrittelsmehr: 26  <b>Einwohnerrat 18:48 – 21:20 Uhr</b> Mitglieder des Einwohnerrats: 39 Absolutes Mehr: 20 Zweidrittelsmehr: 26  <b>Gemeinderat</b> Arsène Perroud, Gemeindeammann Thomas Burkard, Vizeammann Roland Vogt, Gemeinderat Ariane Gregor, Gemeinderätin Denise Strasser, Gemeinderätin  <b>Weitere Anwesende</b> Christoph Weibel, Gemeindeschreiber Jessica Wüest, Kanzlei Paul Huwiler, Alt-Gemeinderat Samantha Cipolla, Projektleiterin Hochbau Michèle Bächli, Verwaltungsrat Sportpark Bünzmatt Tobias Rohner, Verwaltungsrat Sportpark Bünzmatt Nadja Koch, Verwaltungsrat Sportpark Bünzmatt Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit Marco Veil, Chef Regionalpolizei Roland Frick, Leiter Finanzen

## **Entschuldigungen**

Roland Büchi, SVP

Julia Frischknecht, GLP, **anwesend ab 18.16 Uhr**

Renato-Raffaele Hübscher, SVP, **anwesend ab 18.48 Uhr**

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 14149 Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag Ersatzwahl und Komplettierung Verwaltungsrat
3. Bericht und Antrag 15004 Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Realisierung der Umbaumaassnahmen an der Liegenschaft Wilstrasse 57
4. Bericht und Antrag 15009 Schulraumprovisorium Primarschule Anglikon – Verpflichtungskredit Realisierung
5. Bericht und Antrag 15008 Sanierung der 3-fach-Turnhalle Junkholz – Verpflichtungskredit Realisierung
6. Bericht und Antrag 14143 Revision Kulturkonzept – Kenntnisnahme
7. Antwort zur Anfrage 14131 betreffend Sozialausgaben der Gemeinde Wohlen
8. Motion 14108 betreffend Einkauf der lokalen Sicherheit und Leistungsübernahme durch die Kantonspolizei
  - ▶ Der Gemeinderat lehnt die Motion ab

Cyrille Meier, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 10. Januar 2022 zu verzeichnen:

- Aktueller Sitzplan Einwohnerrat
- Einladung zur 2. Einwohnerratssitzung vom 21. März 2022
- Motion 15002 betreffend Anpassung der 1. Ratssitzung zur Eröffnung der Legislatur
- Anfrage 15003 betreffend Legislaturprogramm 2018-2021 des Gemeinderates Wohlen
- Bericht und Antrag 15004 Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Realisierung der Umbaumasnahmen an der Liegenschaft Wilstrasse 57
- Motion 15005 betreffend Bereitstellung von Parkplätzen mit Ladestationen auf öffentlichen Grund
- Motion 15006 betreffend Anpassung Bau- und Nutzungsordnung Wohlen zwecks Erhöhung der Anzahl Parkplätze mit Ladestationen in grösseren Wohnüberbauungen
- Finanzplan 2023-2032 – Kenntnisnahme (15007)
- Bericht und Antrag 15008 Sanierung 3-fach Turnhalle Junkholz – Verpflichtungskredit Realisierung
- Bericht und Antrag 15009 Schulraumprovisorium Primarschule Anglikon – Verpflichtungskredit Realisierung
- Motion 15010 betreffend Ergänzung des Energieleitbildes mit einem Klimaleitbild
- Haltung des Gemeinderates zur Motion 14108
- Motion 15011 betreffend Erstellung Kunstrasenspielfeld im Sportzentrum Niedermatten
- Anfrage 15012 zur P + R Anlage unterhalb des neuen Bushofes beim Bahnhof
- Bericht und Antrag 15013 Verwaltungsrat IB Wohlen AG – Wahlvorschläge
- Einladung zum Gang durch die Verwaltung vom 28. März 2022
- Einladung zum Wirtschaftstreffen vom 31. März 2022

### **Fraktionserklärungen**

Angst Matthias, GLP/EVP: Es wird viel über die bevorstehenden und bereits getätigten Ausgaben in Wohlen gesprochen. Diese sind mit Blick auf die nächsten Jahre zwar beeindruckend, aber für eine Zentrumsgemeinde in unserer Grössenordnung nicht aussergewöhnlich. Ein Blick in den Aufgaben- und Finanzplan z.B. der Gemeinde Wettingen bestätigt dies.

Mit Ausgaben beschäftigen wir uns auch an der heutigen Ratssitzung. Unsere bedeutendste Kommission, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, widmet sich zudem grossmehrheitlich der Überprüfung von Investitionen. Dies ist aufwändig und bindet viel Energie.

Nun sind in unserer Gemeinde aber nicht die Ausgaben auffallend gross und häufig, sondern die Erträge bemerkenswert tief und spärlich. Die Fraktion GLP/EVP möchte dieser Seite der Rechnung mehr Aufmerksamkeit schenken und dafür eine Spezialkommission einsetzen.

Das Geschäftsreglement des Einwohnerrats umschreibt in § 49 die FGPK und sieht in § 50 folgendes vor:  
«Der Einwohnerrat kann zu seiner Beratung und zur Entlastung der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission aus seiner Mitte Spezialkommissionen bestellen. Die Zahl der Mitglieder von Spezialkommissionen wird vom Ratsbüro vorgeschlagen und vom Einwohnerrat festgesetzt.»

Die Fraktion GLP/EVP beantragt beim Ratsbüro die Einsetzung einer solchen «Einnahmenkommission» als Spezialkommission des Einwohnerrats. Sie soll sich ausschliesslich der Einnahmenseite unserer Gemeinde widmen. Wir sind uns sicher, dass es sich lohnt, die Ertragsseite ausgiebig zu beleuchten und zu adressieren. Thematisch würden die Steuern oder die Grüngutgebühr auf der Hand liegen. Das wäre aber nicht sonderlich kreativ. Vielmehr sollen diverse andere Bereiche wie brachliegende, gemeindeeigene Grundstücke, leerstehende Liegenschaften, fehlende Gebühren für Dienstleistungen o.ä. in den Fokus rücken. Ideen, Vorschläge und Massnahmen sind gefragt.

Ich danke dem Ratsbüro für die Entgegennahme und Weiterverfolgung unseres Antrags zur Schaffung dieser «Einnahmenkommission».

Meier Cyrille, Präsident: Das Ratsbüro wird das Anliegen prüfen und dementsprechend auch zu gegebener Zeit dem Einwohnerrat einen Vorschlag unterbreiten, gemäss dem erwähnten § 50.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Was zurzeit in der Ukraine geschieht ist unmenschlich, traurig und eine humanitäre Katastrophe. Von Wohlen aus haben wir keinen Einfluss darauf, was in der Ukraine geschieht. Es soll in der Diskussion über diesen Krieg in erster Linie nicht darum gehen, welche unangenehmen Auswirkungen dieser Krieg für unsere Lebensmittel- oder Benzinpreise hat. Nein, heute müssen zunächst die Menschen aus der Ukraine im Zentrum der Diskussion stehen. Menschen, vor allem Frauen und Kinder, die wegen des Kriegs ihre Heimat, ihr Zuhause verlassen müssen. Es ist wichtig, dass wir die Menschen, die in die Schweiz und nach Wohlen kommen auffangen und ihnen helfen.

Denn wir können helfen!

- Wir können Unterkünfte bereitstellen.
- Wir können die Verpflegung dieser Menschen gewährleisten.
- Wir können Dolmetscher/-innen organisieren.
- Wir können die medizinische Versorgung sicherstellen.
- Wir können Beratung und Seelsorge bereitstellen.
- Wir können den Unterricht der ukrainischen Kinder organisieren. Wegen der Sprache zunächst in einem separaten Lernangebot in Gruppen, dann in den Regelklassen.

Und vieles mehr.

Für all das braucht es eine professionelle Anlaufstelle für diese Flüchtlinge. Eine solche Anlaufstelle braucht es nicht nur beim Kanton, es braucht sie in jeder Gemeinde. Auch in Wohlen. Die Gemeinde ist hier in der Verantwortung. Klar: Es gibt sicher auch Privatpersonen, Firmen und private Beratungsstellen in Wohlen, welche bereit sind mitzuhelfen. Gleichwohl darf dies nicht dem Zufall überlassen werden. Es braucht Koordination: Wo kann ich mich als Flüchtling in Wohlen melden, wo kann sich die Bürgerschaft melden, wenn sie ein Zimmer oder eine Wohnung zur Verfügung stellen möchte, wo finde ich Beratung und vieles mehr.

Wir wünschen uns vom Gemeinderat, dass er zu diesem brisanten Thema rasch und transparent kommuniziert. Wir wünschen uns vom Gemeinderat, dass er rasch alles in Bewegung setzt, um den anstehenden Schwierigkeiten zu begegnen und die einheimische Bevölkerung mit ins Boot holt. Etwas ist schon klar: Es werden viele Menschen kommen, erste Gruppen sind auch in Wohlen bereits eingetroffen.

Die Mitte-Fraktion dankt der ganzen Bevölkerung für ihre Mithilfe, wie wir sie schon wahrnehmen konnten.

Christen Peter, SVP: Ich bin überzeugt, dass alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ein grosses Interesse haben, gut vorbereitet und pünktlich an den Einwohnerratssitzungen teilnehmen zu können. Um das zu gewährleisten, muss die Anzahl der Geschäfte, welche jeweils in die Einwohnerratssitzungen traktandiert werden, so gewählt werden, dass auch genügend Zeit für eine seriöse Vorbereitung gewährleistet, die Traktandenliste überschaubar ist und die Einwohnerratssitzung nicht bis spät in alle Nacht hinein dauert. Eine grosse Traktandenliste mit einem Start der Einwohnerratssitzung bereits um 18.00 Uhr sehen wir nicht als zielführend an. Die SVP Wohlen/Anglikon geht davon aus, dass die zukünftigen Einwohnerratssitzungen, mit Ausnahme von der Budgetsitzung im Oktober, wie gewohnt um 19.00 Uhr beginnen und vom Einwohnerratspräsident und vom Gemeindeammann entsprechend geplant werden. Die auswärtig arbeitenden Einwohnerratmitglieder und nicht zuletzt auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission mit den entsprechend zu behandelnden Geschäft wird Ihnen danken.

**Bericht und Antrag 14149 Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag  
Ersatzwahl und Komplettierung Verwaltungsrat**

---

Meyer Hans Rudolf, FGPK: Gemäss den Statuten der Sportpark Bünzmatt AG besteht der Verwaltungsrat aus drei oder mehr Mitgliedern. An der letzten Generalversammlung hat Patrick Amstutz bekanntgegeben, dass er am Ende des laufenden Geschäftsjahrs per 31. März 2022, zurückgetreten will. Ebenso hat Urs Meier bekanntgegeben, für eine weitere Amtsdauer ab der Generalversammlung 2023 nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Deshalb macht es Sinn, bereits jetzt drei neue Mitglieder zu wählen. So können die neuen Verwaltungsratsmitglieder gut eingearbeitet werden und stellen in der anstehenden Amtsdauer eine kontinuierliche Fortsetzung von den Arbeiten sicher.

Michèle Bächli, Jahrgang 1989, wohnhaft in Wohlen, hat den Master in Rechtswissenschaft sowie Bachelor im Wirtschaftsrecht und befindet sich in der Vorbereitung zur Anwaltsprüfung. Sie bringt ein breites Wissen auf der rechtlichen Seite mit. Nadja Koch, Jahrgang 1976, wohnhaft in Kallern, ist Fachfrau Finanzen und Rechnungswesen, arbeitete als Wirtschaftsprüferin, Treuhänderin, Controllerin und als Leiterin der Buchhaltung. Im Gemeinderat Kallern steht sie dem Ressort Finanzen und Gesundheit vor. Somit eine erfahrene Person im Finanzbereich. Tobias Rohner, Jahrgang 1964, aufgewachsen und wohnhaft in Wohlen, verfügt über einen Abschluss in Betriebswirtschaft sowie über eine Zusatzausbildung als Politologe und Coaching. Seit rund zwanzig Jahren ist Tobias Rohner Direktor und Mitinhaber der United School of Sports AG. In dieser Funktion hat er viel Kontakt mit jungen Sportsleuten. Diese Erfahrungen kann er auch im Sportpark Bünzmatt einbringen.

Diese drei Kandidaten bringen Erfahrung in ihren Gebieten, jugendliche Frische und neue Kraft und Ideen in den Verwaltungsrat ein. Beim Vorstellungsgespräch haben wir auch festgestellt, dass eine gewisse Harmonie unter den zwei Kandidatinnen und dem Kandidaten herrscht und sie bereit sind, das Amt gemeinsam anzupacken. Und was einige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte hier im Saal freuen wird, ist die Tatsache, dass der Gemeinderat bei der Auswahl der neuen Verwaltungsräte ein offenes Ohr hatte und die Forderung nach weiblicher Vertretung mit Michèle Bächli und Nadja Koch gleich doppelt Folge leistet. Die FGPK empfiehlt alle drei Kandidaturen einstimmig zur Wahl in den Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG.

Ich teile Ihnen auch die Fraktionsmeinung der Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon mit. Wir sind überzeugt, dass sich die drei vorgeschlagenen Personen gut im Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG einbringen werden. Es ist allerdings unüblich, dass ein Verwaltungsratsmitglied gleichzeitig die Buchhaltung der Firma übernehmen wird. Wir zweifeln nicht an den Fähigkeiten und der Kompetenz von Frau Koch, aber ein bisschen irritiert sind wir schon. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unterstützt die drei Kandidaten zur Wahl in den Verwaltungsrat des Sportpark Bünzmatt AG.

Vogt Roland, Gemeinderat: Matthias Jauslin und Matthias Frick haben bereits 2021 den Verwaltungsrat verlassen und von den drei aktuell gewählten Personen tritt auf Ende Monat Patrick Amstutz vom Amt als Präsident zurück.

Bevor ich Ihnen die neuen Personen für den Verwaltungsrat vorstelle, erlauben Sie mir an dieser Stelle noch ein paar Worte zum scheidenden Präsidenten. Der Macher und Teamplayer konnte man am letzten Freitag in der lokalen Zeitung lesen. Was Patrick Amstutz in den letzten 27 Jahren am Anfang für unsere Eisbahn und am Schluss für den Sportpark Bünzmatt geleistet hat, ist beeindruckend, aussergewöhnlich oder auch einzigartig. Dass Wohlen heute mit dem Schüwo-Park und der angrenzenden Niedermatten im Kanton Aargau einen sportlichen Leuchtturm präsentieren kann, ist auch ein Verdienst vom scheidenden Verwaltungsratspräsident. Seine Ideen und Visionen haben dem tollen Projekt viel beigetragen und er übergibt seinen Nachfolgern einen funktionierenden Betrieb. Herzlichen Dank.

Solch ein Rücktritt hinterlässt natürlich seine Spuren. Er bringt aber auch eine neue Chance für seine Nachfolger. Bei der Nomination der Kandidatinnen und Kandidaten ist es in erster Linie um Persönlichkeit, Fach- und Sozialkompetenz, also die Qualität und nicht um irgendeine Quote gegangen. Dass der Gemeinderat damals noch mit Paul Huwiler als verantwortlicher Ressortvorsteher von den drei Personen zwei Frauen präsentieren kann, ist natürlich erfreulich und entspricht auch unserer Eigentümerstrategie. Mit Michèle Bächli, Nadia Koch und zuletzt Tobias Rohner kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat ein Trio vorstellen, welches sich fachlich wie auch menschlich hervorragend für den Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG eignet. Sie bringen juristische, buchhalterische und unternehmerische Aspekte mit in den Verwaltungsrat. Auf die detaillierte Vorstellung verzichte ich, weil der Sprecher der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission dies bereits erwähnt hat. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Verwaltungsrat mit den bisherigen Mitgliedern Urs Meier und Alex Meyer, sowie mit den neuen Mitgliedern Nadja Koch, Michèle Bächli und Tobias Rohner als zukünftiger Präsident sehr gut für das nächste Betriebsjahr aufgestellt wäre und, wenn es ein Jahr ohne negative äussere Einflüsse sein wird, auch wirtschaftlich erfolgreich starten könnte.

### **Fraktionsmeinungen**

Keller Anna, Grüne: Zuerst ein grosses Dankeschön an den abtretenden Verwaltungsrat Patrick Amstutz, der zusammen mit Urs Meier umfassende Vorarbeiten und Vorabklärungen für die neue Eishalle während Jahren schon geleistet hat. Er ist ein emotionaler Mensch. Ein so grosses Projekt massgeblich in die Wege zu leiten und zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen benötigt sehr viel Durchhaltewillen, Nerven und Aufwand.

Urs Meier wird noch kurze Zeit zur Verfügung stehen und bietet zusammen mit Alex Meyer Gewähr, dass neue Verwaltungsratsmitglieder gut begleitet starten können. Die neu vorgeschlagenen Kandidaten erachten wir als tolle neue Ergänzung. Alle drei verfügen über beachtliche Abschlüsse und Erfahrungen und wir freuen uns, dass sie bereit sind in diesem Gremium mitzuarbeiten. Mit der neuen Zusammensetzung ist die Forderung nach einem Verwaltungsrat mit Frauen und Männern erfüllt, was wir toll finden. Wir hoffen, dass der neu zusammengesetzte Verwaltungsrat mit Freude und animierenden Ideen unsere tollen Anlagen in den nächsten Jahren weiterführt. Wir unterstützen einstimmig die drei vorgeschlagenen Personen.

Hauri Claudia, SVP: Die drei vorgeschlagenen Kandidaten und Kandidatinnen für den Verwaltungsrat des Sportparks Bünzmatt decken einen breiten Wissensstand ab. Frau Michèle Bächli die rechtlichen Aspekte, Nadia Koch die kaufmännischen Aspekte und Tobias Rohner die strategischen und politischen Aspekte. Das neben den Polit- und Führungserfahrungen dieser drei Kandidaten. Wir stimmen dem Vorschlag des Gemeinderates zur Wahl der neuen Verwaltungsräte einstimmig zu und erwarten auch vom neuen Verwaltungsratsteam des Sportparks Bünzmatt eine gute Zusammenarbeit und eine transparente Leistungsvereinbarung.

Pascolin Laura, SP: Unsere Fraktion ist sehr erfreut, dass der Gemeinderat eine Diversität im Verwaltungsrat von der Sportpark Bünzmatt AG angestrebt hat. Mit zwei sehr kompetenten Frauen im Verwaltungsrat ist man was die Frauen-Quote anbelangt endlich im 21. Jahrhundert angekommen. Die neu kandidierenden so wie die bestehenden Verwaltungsratsmitglieder bringen aus unserer Sicht alle Kompetenzen für eine strategische Unternehmungsführung mit. Was uns zu denken gibt, ist, dass mit dem Austritt von Patrick Amstutz Ende März und mit dem geplanten Austritt von Urs Meier im Jahr 2023 eine gewisse Kontinuität sowie wertvolle Branchenkenntnis verloren gehen. An dieser Stelle möchte sich die SP-Fraktion bei Patrick Amstutz für den langjährigen Einsatz bedanken. Sein Engagement über eine Zeitdauer von 27 Jahren ist beachtenswert. Weiter wünscht sich unsere Fraktion von den bald gewählten eine Weitsicht in Bezug auf das ganze Niedermatten-Areal. Hier gibt es sicher Potenzial für Synergien, welche man nutzen kann. Die SP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Auch wir sind der Meinung, dass der Verwaltungsrat mit den drei neuen vorgeschlagenen Mitgliedern hinsichtlich Alter, Geschlechterverteilung und auch natürlich, was sehr wichtig ist, die fachlichen Kompetenzen sehr gut ergänzt wird. Zudem sind wir der Meinung, dass der Verwaltungsrat im Sinne der Good Corporate Governance noch einmal überprüfen sollte, ob die Führung der Buchhaltung von einem Verwaltungsratsmitglied wirklich der richtige Weg ist. Auch sonst sind wir der Meinung, dass das sehr gut zu der Eigentümerstrategie passt, die noch nicht unterschrieben ist. Die Fraktion EVP/GLP

unterstützt den Antrag einstimmig und wir freuen uns auf eine versprochene, transparente Geschäftsführung und konstruktive Zusammenarbeit.

Gregor Michelle, Die Mitte: Als wir letztes Jahr den Wahlvorschlag des Verwaltungsrats behandelt haben, ist mir ein Feedback besonders in Erinnerung geblieben und zwar den fehlenden Frauenanteil. Und jetzt liegt uns ein neuer Wahlvorschlag vor. Die vorgeschlagenen Personen verfügen über die nötigen Kompetenzen in den Bereichen strategische Unternehmensführung, Betriebswirtschaft, Finanzen und Recht. Zudem schlägt der Gemeinderat endlich zwei Frauen vor, also genau das, was der Einwohnerrat das letzte Mal vermisst hat. Wir sind zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinderat und dieser neuen Zusammensetzung des Verwaltungsrats noch mehr gestärkt wird und stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

## Abstimmungsprotokoll Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag Ersatzwahl und Komplettierung Verwaltungsrat

Sportpark Bünzmatt AG – Wahlvorschlag Ersatzwahl und Komplettierung Verwaltungsrat vom **21. März 2022**

Zahl der Anwesenden	38
Eingelegte Stimmzettel	38
<b>Gültige Stimmzettel</b>	<b>38</b>

Das Ergebnis lautet:

Nomination bestätigt

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/LEER	TOTAL STIMMEN	
Michèle Bächli, 1989, neu	37	1	-	38	<input checked="" type="checkbox"/>
Nadja Koch, 1976, neu	37	1	-	38	<input checked="" type="checkbox"/>
Tobias Rohner, 1964, neu	37	1	-	38	<input checked="" type="checkbox"/>

### Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Gemäss § 28 Abs. 1 Ziff. 3 lit. c) der Gemeindeordnung vom 12. Dezember 2016 beschliesst der Einwohnerrat, dass der Gemeinderat beauftragt und ermächtigt wird, folgende Personen (3) anlässlich der Generalversammlung vom 1. September 2021 als Mitglieder in den Verwaltungsrat der Sportpark Bünzmatt AG für die Dauer von zwei Jahren zu wählen:*

- a) *Michèle Bächli, 1989, neu*
- b) *Nadja Koch, 1976, neu*
- c) *Tobias Rohner, 1964, neu*

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

**Bericht und Antrag 15004 Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Realisierung der Umbaumassnahmen an der Liegenschaft Wilstrasse 57**

---

Heinrich Daniel, FGPK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat dem Verpflichtungskredit für die Projektierung im Bericht und Antrag 14057 am 19. November 2020 einstimmig zugestimmt. Der Einwohnerrat hat diesen kurz danach an der Sitzung vom 7. Dezember 2020 ebenfalls einstimmig angenommen.

Mit diesem Verpflichtungskredit zur Realisierung machen wir jetzt den nächsten Schritt und beheben wichtige einschneidende Punkte. Die Zielsetzung, die Polizei und die drei anderen Blaulichteinheiten wie die Feuerwehr, die ZSO/RFO an einem gemeinsamen Standort zu vereinen, wird endlich umgesetzt. Die wichtigen ineinandergreifenden Abläufe werden so verkürzt und vereinfacht. Somit steigt die Sicherheit für den Souverän. Mit der Entscheidung weiterhin eine Anlaufstelle der Polizei im Gemeindehaus beizubehalten, wird der Service Public gewährleistet. Mit der Realisierung dieses Umbaus für die Regionalpolizei über eine 500 m<sup>2</sup> grosse Fläche werden auf diesem Stock Büros, Einvernahmeräumlichkeiten, geschlechtergerechte Garderoben, sanitäre Anlagen sowie Zellen eingerichtet. In Anbetracht, dass die Polizisten auch Patrouillentätigkeiten nachgehen, sind sie nicht ganz genau gleich zu handhaben wie Verwaltungsangestellte, die den ganzen Tag im Büro verbringen. Somit sind wir klar der Meinung, dass der Raumbedarf damit weit über das Jahr 2030 hinaus reichen wird. Sollte gar die Einheitspolizei entstehen, ist diese Fläche vielleicht genug gross für einen doppelt so grossen Mannschaftsbestand.

Auch wünschen wir, dass die Möglichkeiten des Desk-Sharings in der Zukunft angewendet wird, wie es in der Industrie vorgelebt wird. Wir haben in den letzten Jahren einige Projekte realisiert. Mit einem «Ja» will man wieder eine Fläche für Unterhalt und Reinigung hinzufügen. Wir können nicht immer in Neu- oder Vergrösserungsbauten investieren und diese realisieren und dabei die Meinung vertreten, dass wir keine Fachkräfte für den Unterhalt und Reinigungen benötigen. Mit diesen wichtigen Arbeitskräften tragen wir erheblich dazu bei, dass die Liegenschaften ihren Wert halten können. Das schulden wir dem Steuerzahler und dem Souverän. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission stimmt dem Antrag des Gemeinderates für die Genehmigung des Verpflichtungskredit zur Realisierung der Umbaumassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57 im Gesamtbetrag von CHF 1.4 Mio. mit einer Kostengenauigkeit von ±10% inklusive 7.7% MWST einstimmig zu. Der Genehmigung von 40 Stellenprozent für das Facility Management und Reinigung stimmen wir mit 7 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zu.

Burkard Thomas, Vizeammann: Die Platzverhältnisse der Regionalpolizei im Gemeindehaus sind seit längerem äusserst prekär. Es muss darum jetzt gehandelt werden. Es liegt ein ausgewogenes Projekt vor. Die zentrale Anlaufstelle bleibt im Gemeindehaus. Das war ein Anliegen, welches anlässlich der Behandlung des Projektierungskredites im Einwohnerrat geäussert wurde. Diese Forderung erfüllen wir hiermit. Es ist ein nachhaltiges Projekt und benötigt relativ wenig Eingriffe in die bestehende Substanz dieses Gebäudes. Der Bericht und Antrag gibt über das Projekt detailliert Auskunft. Es sind zwei Anträge formuliert. Erstens der Verpflichtungskredit über CHF 1.4 Mio. und zweitens die Genehmigung von 40 Stellenprozent für das Facility Management und die Reinigung.

Der Gemeinderat bittet Sie beiden Anträgen zuzustimmen. Ich erlaube mir zum zweiten Antrag noch eine Ausführung. Unter Punkt 2.5 im Bericht und Antrag wird ausführlich ausgeführt, um was es geht. Es geht um 500 m<sup>2</sup> neue Fläche, welche gereinigt und betrieblich unterhalten werden muss. Es handelt sich nicht um ein Wunschkonzert. Das beweist auch die detaillierte Berechnung, welche wir erstellt haben. In den Auflageakten haben wir im Detail ausgeführt, was es für das Facility Management, also für den technischen Bereich und was es für den Teil der Reinigung braucht. Die beiden teilen sich auf in 34% für die Reinigung, welche durch Reinigungskräfte der Gemeinde im Stundenlohn geleistet werden und rund 6% für das Facility Management, welche den technischen Teil abdecken. Das Facility Management muss durch die Gemeinde sichergestellt werden. Das hat bereits der Sprecher der FGPK deutlich formuliert. Das fliesst in die Nebenkosten ein, die man einsehen konnte und es wird zu rund 50% an die sieben weiteren Vertragsgemeinden weiterverrechnet. Die Kosten werden also geteilt. Wenn wir die Arbeiten intern vergeben, handelt es sich um einen Betrag von ca. CHF 23'000. Das würde die Gemeinde jährlich rund CHF 12'000 kosten.

Wenn wir es extern vergeben würden, müssten wir mit rund 50% höheren Kosten rechnen. Der Gemeinderat beantragt deshalb die Erledigung durch das eigene Personal im Stundenlohn oder die 6% durch den Betriebs- bzw. Hauswart.

## Fraktionsmeinungen

Schmid Patrick, Grüne: Nach der Rückweisung dieses Antrags im letzten Jahr haben wir jetzt eine zentrale Anlaufstelle in der Gemeinde und können damit rechnen, dass die Bevölkerung gut bedient wird. Die aktuelle Arbeitssituation für die Regionalpolizei ist inakzeptabel und muss dringend geändert werden. Ein weiterer Aufschub des Geschäfts ist inakzeptabel. Wir werden mit der Umsetzung dieses Projekts in Zukunft eine gute Arbeitsplatzsituation haben. Wir sind auch gut gewappnet auf einen Einheitskorps oder einen Korpsvergrößerung bei einer Aufstockung, welche aufgrund unserer stetigen Zunahme der Bevölkerung erfolgen wird. Wir stimmen diesem Antrag einstimmig zu.

Die Räume an der Wilstrasse wurden bisher an Private vermietet und auch die Reinigung wurde von diesen Mietern privat organisiert. Die Räume haben Sonderanforderungen bezüglich des Sicherheitsbereichs und im Bereich der Verwahrung. Beispielsweise die besondere Reinigung der Zellen. Hier werden die 40% Facility Management und Reinigung benötigt.

Hoffmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Wir begrüßen, dass die Regionalpolizei an einem Ort zusammengeführt wird. Sie haben die Betonung gehört, an einem Ort. Es ist nicht notwendig, dass im Gemeindehaus noch eine zentrale Stelle für die Wohler ist. Es gibt noch sieben Gemeinden. Und die darf man nicht ausser Acht lassen.

Wir begrüßen auch, dass die Repol für die Erledigung von ihren Aufgaben genügend Platz bekommt. Wir begrüßen, dass die Räumlichkeiten auch für eine mögliche Einheitspolizei geeignet sind und wir begrüßen, dass die Räumlichkeiten auch für Kantonspolizei bei einem allfälligen Ersatz der Repol geeignet sein könnten. Wir werden den Antrag 1 gutheissen. Was uns jedoch stört, ist der Antrag 2. Darin wird in einem Verpflichtungskredit für den Umbau eines Gebäudes noch eine Stellengenehmigung integriert. Bei der nächsten Steuererhöhung wird wahrscheinlich auch noch gleich eine Stelle für das Steueramt integriert. Wir sind der Meinung, dass die Stellenerhöhung im kommenden Bericht und Antrag zusammen mit den übrigen angekündigten und gewünschten Stellen beantragt werden kann, zumal wir überhaupt keinen Zeitdruck haben, weil die Anstellung oder die Vertragsänderung erst im ersten Quartal 2023 ansteht.

Das Gebäude gehörte bereits jetzt schon der Gemeinde. Es wurde fremdvermietet. Auch damals hat man bereits einen Hauswart gebraucht. Es wurden scheinbar umfassende Berechnungen erstellt, diese habe ich nicht gesehen. Was uns auch stört, ist der Vergleich zwischen den internen Lohnkosten und der Vollkosten des Outsourcings. Sind bei den internen Lohnkosten auch die Arbeitgeberbeiträge eingerechnet? Sind die Kosten für Aus- und Weiterbildung und die Fehlzeiten von dieser Aus- und Weiterbildung vorhanden? Sind die Fehlzeiten von Krankheiten, Ferien, Unfall und so weiter integriert? Und Stellvertretungskosten? Sind Personalführungskosten und Personaladministrationskosten einberechnet? Ich gehe nicht davon aus. Und deshalb finden wir den Vergleich schlecht. Die FDP/Dorfteil Anglikon wird dem Antrag 1 zustimmen und den Antrag 2 ablehnen.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Für uns ist die Sicherheit der Wohler Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Für die Sicherheit braucht es eine zeitgemässe Infrastruktur. Mit diesem Projekt an der Wilstrasse bekommt die Regionalpolizei eine solche zeitgemässe Infrastruktur, und zwar eine, die einer Zentrumsgemeinde wie Wohlen würdig ist. Wir alle wissen, dass wir keinen Kantonspolizeiposten mehr haben. In Wohlen kann die Polizei zum Beispiel nicht einmal jemanden in einer Zelle platzieren, sei es als vorübergehende Massnahme oder für eine Einvernahme. Mit dem Ausbau des Gebäudes an der Wilstrasse entsteht ein Sicherheitszentrum mit der Regionalpolizei, der Feuerwehr und dem Zivilschutz an einem Ort, von welchem aus die Polizei schnell in alle Himmelsrichtungen ausrücken kann ohne sich zuerst im Kreislauf am Kirchenplatz durch den Verkehr kämpfen zu müssen. Mit dem Schalter im Gemeindehaus bleibt die Polizei trotzdem nahe bei der Bevölkerung und bietet mitten im Dorf eine Anlaufstelle.

Der Ausbau des Gebäudes an der Wilstrasse deckt den Bedarf der Regionalpolizei für viele Jahre. Auch wir sind überzeugt, dass dieser weit über das Jahr 2030 hinaus gedeckt sein wird, wie das im Bericht und

Antrag erwähnt ist. Mit geteilten Arbeitsplätzen kann das Korps theoretisch auch verdoppelt werden und es hat immer noch genug Arbeitsplätze. Das hat der Gemeinderat so bestätigt. Für unsere Fraktion ist klar, dass die Infrastruktur gepflegt und unterhalten werden muss, damit sie langfristig ihren Zweck erfüllt. Das gilt auch für den neuen Repol-Standort an der Wilstrasse. Darum ist für uns unbestritten, dass ein «Ja» zum neuen Repol-Standort an der Wilstrasse auch ein «Ja» für 40 Stellenprozent für die Reinigung und das Facility Management bedeutet. Die EVP/GLP-Fraktion stimmt beiden Anträge einstimmig zu und empfiehlt Ihnen mit Überzeugung auch so abzustimmen.

Manimanakis Corinne, SP: Wir finden die Überlegung und die Pläne des Gemeinderates richtig und sehr wichtig. Man hat das Gebäude schon lange gekauft mit dem Plan, dass die Regionalpolizei einmal dort unterkommen kann. Mit dem Zivilschutz und der Feuerwehr ist das ideal. Ebenfalls freut uns, dass der Polizeiposten im Gemeindehaus bleibt und aber durch den Auszug der restlichen Polizisten etwas mehr Platz im Gemeindehaus frei wird. Für uns ist klar, dass es mehr Stellenprozent braucht, um die neu gebauten oder renovierten Gebäude unterhalten zu können. Wir bitten Sie, diese Anträge anzunehmen, weil Preis und Leistung bei diesem Antrag stimmen.

Christen Peter, SVP: Am 1. Januar 2004 hat die Regionalpolizei mit einem Mannschaftsbestand von elf Mitarbeitenden gestartet. Die Frauen im Saal entschuldigen bitte das Wort Mannschaftsbestand. Ich habe kein entsprechendes Synonym gefunden, mit welchem ich auch Frauen hätte erwähnen können und «Fraschaftsbestand» klingt etwas komisch. Heute im Jahr 2022 hat die Regionalpolizei einen Bestand von 19 Mitarbeitenden. Das entspricht einem Pensum von 1'750 Stellenprozenten. Bis ins Jahr 2030 wird das Pensum weiter ansteigen. Wir gehen davon aus, dass wir etwa bei 2'100 Stellenprozent ankommen werden. Dass mit den jetzigen Räumlichkeiten der Regionalpolizei im Gemeindehaus diese Anzahl Mitarbeitenden nicht unterzubringen ist, ist klar. Wir sind ganz klar an der Kapazitätsgrenze angelangt. Ausserdem wird der freiwerdende Platz im Gemeindehaus in Zukunft sicher sofort gerne anderweitig genutzt. Für die Projektierung des Postens der Regionalpolizei an der Wilstrasse wurde am 7. Dezember 2020 ein Verpflichtungskredit von CHF 145'000 gesprochen. Das Resultat ist uns heute Abend erläutert worden.

Der Realisierung der Umbaumaassnahmen an der Liegenschaft Wilstrasse 57 im Gesamtbetrag von CHF 1,4 Mio. stimmen wir einstimmig zu. Somit wird der Flächen- und Raumbedarf der Regionalpolizei bis ins Jahr 2030 und darüber hinaus gedeckt sein. Unschön an der ganzen Situation ist, dass weiterhin ein Dorfposten im Gemeindehaus mit zwei Polizisten oder Polizistinnen geführt wird. Das ist ganz klar eine Verzettlung von Kräften und entspricht nicht dem Konzept eines Regionalpolizeipostens unter einem Dach an der Wilstrasse 57. Mittelfristig ist zu prüfen, wie der Posten im Gemeindehaus aufzuheben ist und in die Infrastruktur des Postens an der Wilstrasse integriert werden kann. Es ist nicht zwingend, dass die Hundemarken durch die Regionalpolizei im Gemeindehaus ausgegeben werden. Das kann man ebenso gut an der Wilstrasse erledigen. Der Genehmigung von 40 Stellenprozent für das Facility Management und die Reinigung stimmt die SVP Wohlen/Anglikon fast einstimmig zu. Wir haben eine Gegenstimme. Zum Facility Management und Reinigung von den gemeindeeigenen Gebäulichkeiten und Institutionen wird die SVP Wohlen/Anglikon zu gegebener Zeit eine Anfrage stellen. Wir haben nach wie vor das Gefühl, dass man da Kosten sparen könnte.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Die CVP, heute Die Mitte, unterstützte bereits am 7. Dezember 2020 das Projekt. Für Die Mitte ist es von Anfang an klar gewesen, dass die Blaulichtorganisationen am gleichen Ort beheimatet sein sollten. Es ist auch wichtig, dass die Polizei endlich genug Fläche bekommt, so dass sie den Dienst richtig absolvieren können. Die Fläche ist so grosszügig bemessen, dass sie weit über das Jahr 2030 hinaus ausreichen wird. Sollte es eine Einheitspolizei gegeben, sind wir sicher, dass das kein Problem gibt, weil das ganze Polizeikorps aufgrund von Patrouillentätigkeiten, Weiterbildungen und Ferien sowieso nur selten zur gleichen Zeit im Büro ist. Mit dem Umbau und Wegzug des fast gesamten Polizeikorps an die Wilstrasse lösen wir zur gleichen Zeit einen kleinen Teil vom Platzproblem im Gemeindehaus. Nicht umsonst hat Die Mitte mit der SVP zusammen eine Volksabstimmung lanciert und dem Souverän die Möglichkeit gegeben, Einfluss zu nehmen, damit die Sanierung am Bankweg 2 jetzt vorangetrieben werden. Nach dem Wegzug der Regionalpolizei kann die Liegenschaft am Bankweg 2 in die Raumplanung mit dem Gemeindehaus einbezogen werden. Wir wünschen, dass der Gemeinderat umgehend mit der Raumplanung des Gemeindehauses und der Liegenschaft am Bankweg 2 startet und die Kosten dem Einwohnerrat vorlegt, damit beide Projekte zeitnah ausgeführt werden können. Positiv werten wir auch, dass im Finanzplan 2022/2030, die Projektierung mit einem der Betrag von CHF 1,55 Mio. aufgelistet ist. Aber bereits jetzt sind Kosteneinsparungen von rund CHF 155'000 ersichtlich.

Für Die Mitte ist klar, dass die 40 Stellenprozent gebraucht. Wir besitzen Liegenschaften, wir sanieren diese, wir bauen neue Gebäude, wir vergrössern diese, dann müssen wir sie auch unterhalten. Deshalb

müssen wir auch die entsprechenden Mitarbeitenden bereitstellen. Die Mitte stimmt beiden Anträgen einstimmig zu.

## Einzelvoten

Hoffmann Thomas, FDP: Ich bin irritiert, denn bei der Kreditabrechnung für das Schwimmbad und die Eisbahn wird eine Kreditüberschreitung von 2% ausgewiesen. Persönlich bin ich aber eher der Meinung, es sind 12%. Böse Zungen behaupten sogar, es seien 22%. Wieso die Irritation? Der Verpflichtungskredit ist mit einem Betrag und einem Zusatz von  $\pm 10\%$  genehmigt. Vom Einwohnerrat und vom Volk. Das ist so, das kann man nicht mehr ändern. Aber die Diskussion, ob es 2%, 12% oder 22% sind, die haben wir jetzt. Und diese will ich nicht mehr. Im Gemeindegesetz im § 90 f ist der Verpflichtungskredit geregelt. Ich bin kein Jurist. Ich versuche jetzt aber dennoch den § 90 f Absatz 1 zu interpretieren. Der Verpflichtungskredit setzt sich aus einem Höchstbetrag fest, bis zu welchem der Gemeinderat ermächtigt ist, für bestimmte Vorhaben finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Es ist ein Höchstbetrag festgelegt. Wenn ich aber den ersten Antrag lese, haben wir eine Auswahl von Höchstbeträgen. Wir haben CHF 1,4 Mio. als niedergeschriebenen Betrag. Und wir haben +10%, also CHF 1,54 Mio., welcher der Höchstbetrag sein könnte. Wir haben aber auch noch -10% also CHF 1,26 Mio., welcher der Höchstbetrag sein könnte. Sind wir ehrlich -10% bei einer Betragsfestlegung macht keinen Sinn bei Höchstwertfestlegung im Verpflichtungskredit, also kann man auch nur +10% schreiben. Also welches ist jetzt der Höchstbetrag, den wir heute Abend genehmigen? Sind es CHF 1,4 Mio. oder sind es CHF 1,54 Mio.? Wenn es CHF 1,54 Mio. sind, wieso schreibt man es nicht in den Antrag?

Es war auch dem Gesetzgeber bekannt, dass sich der Maximalbetrag eines Verpflichtungskredites nicht im Voraus sakrosankt bestimmen lässt und allenfalls nicht ausreichen wird. Deshalb wurde der § 90 i mit dem Zusatzkredit geschrieben. Wenn der Gemeinderat während der Ausführung feststellt, dass der Verpflichtungskredit nicht ausreicht, kann er einen Zusatzkredit beim Einwohnerrat einholen. In diesem § 90 i erkenne ich das Ziel des Gesetzgebers, dass damit ein Projektcontrolling verlangt wird, welches ein frühzeitiges Erkennen von Abweichungen zulässt.

Aus diesem Grund beantrage ich, dass im Verpflichtungskredit der Zusatz  $\pm 10\%$  ersatzlos gestrichen wird. Eine erste kurze Abklärung im Rechtsdienst des Gemeindeinspektorats beurteilt das Vorgehen mit  $\pm 10\%$  als unüblich. Es sind aber keine weiteren rechtlichen Abklärungen getroffen worden. Ich stelle somit folgenden Änderungsantrag:

Der Zusatz von  $\pm 10\%$  sei ersatzlos zu streichen.

Somit soll der Antrag neu wie folgt lauten: «1. Genehmigung eines Verpflichtungskredites zur Realisierung der Umbaumaassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57 im Gesamtbetrag von CHF 1'400'000 (inkl. 7.7% MWST).»

Donat Ruedi, Die Mitte: Es geht mir darum für das Protokoll festzuhalten, dass weder in der Medienmitteilung noch im Bericht und Antrag vom Gemeinderat, ausser in zwei bis drei Fraktionserklärungen, davon die Rede war, dass der Posten der Polizei im Gemeindehaus erhalten bleibt oder neu gebildet werden soll. Es geht hier um die Sicherheit der Mitarbeitenden in der Gemeindeverwaltung. Aus meiner Sicht soll nicht nur eine administrative Person, sondern auch ein uniformierter Polizist vor Ort sein, dass dieser eingreifen kann, wenn es zu einer brenzligen Situation im Gemeindehaus kommt. Solche Situationen gibt es vor allem im Betreibungsamt und Sozialamt. Ich möchte, dass das im Protokoll festgehalten wird. Zudem möchte ich Gemeinderat Thomas Burkard bitten zu bestätigen, dass diese Stelle oder dieser Arbeitsplatz im Gemeindehaus bestehen bleibt.

Burkard Thomas, Vizeammann: Ich möchte mich zur Frage von Ruedi Donat äussern. Ja, ich kann das so bestätigen. Es ist aber auch klar in der Medienmitteilung, wie auch im Bericht und Antrag ausgewiesen, dass im Gemeindehaus eine Anlaufstelle der Regionalpolizei erhalten bleibt. Das wurde auch von mehreren Sprechern der Fraktionen so erwähnt und auch ich kann es im Namen vom Gemeinderat klar bestätigen. Es ist aber nicht so, dass zwei Polizisten, wie es moniert wurde, dort stationiert bleiben sollen. Für das reicht das Personal der Regionalpolizei nicht aus. Aber was wir möchten, ist, dass eine Verwaltungsperson und eine Person mit polizeilicher Befugnis im Gemeindehaus stationiert bleiben.

Es ist nach der Ansicht des Gemeinderats wichtig, dass die Regionalpolizei als Anlaufstelle bürgernahe im Zentrum der Gemeinde Wohlen als Anlaufstelle stationiert bleibt. Das war so in der ersten Vorlage noch nicht vorgesehen und wurde von diesem Rat moniert. Ein weiteres Problem ist, dass die Anlaufstelle an

der Wilstrasse 57 nicht gut genug mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen ist, um eine gute Erreichbarkeit sicherzustellen. Deshalb ist der Gemeinderat auch zur Einsicht gekommen, dass die Wege zu lang sind und es in der Nähe eine weitere Anlaufstelle braucht. Selbstverständlich ist es auch möglich an der Wilstrasse 57 vorzusprechen, da sich dort auch ein öffentlicher Schalter befindet.

Ich äussere mich zum Antrag von Thomas Hofmann. Es ist üblich  $\pm 10\%$  im Verpflichtungskredit auszuweisen, seitdem ich Ressortvorsteher für die Hochbauprojekte bin. Der Gemeinderat stützt das Anliegen vollkommen. Wir sind der Meinung, dass dies äusserst transparent ist. Ich kann Ihnen sagen, dass die genannte Summe ohne  $\pm 10\%$  den Kostendeckel für das Projekt darstellt. Da aber eine gewisse Kostengenauigkeit besteht, müssen wir  $\pm 10\%$  anfügen. Vor 2018 wurde dies mit aller Regelmässigkeit lediglich im Text erwähnt. Die Reserven werden immer noch separat ausgewiesen. Diese bilden jedoch nur einen kleinen Teil des Gesamtbetrages. Leider wurde dies beim Bericht und Antrag 15004 betreffend Regionalpolizei Wohlen – Verpflichtungskredit für die Realisierung der Umbaumaassnahmen an der Liegenschaft Wilstrasse 57 nicht im Text ausgewiesen. Wir haben dies jedoch in der Medienmitteilung ergänzt. Bei den anderen Bericht und Anträgen, die heute Abend noch von Seiten Hochbau zur Diskussion stehen, ist das sehr genau durchgedacht und auch so ausgeführt. Ich darf daran erinnern, dass hier ab und zu auch einmal ein Fehler passiert, dafür muss ich mich entschuldigen. Die Projekte werden auch nicht immer von derselben Person vorbereitet. Im Hochbau gibt es einen Projektleiter und eine Projektleiterin, welche nicht immer alles gleich gewichten. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass man den Antrag vom Thomas Hofmann im Sinne von der Transparenz ablehnen soll. Dies wurde bis anhin so gehandhabt und auch vom Volk, wie auch vom Einwohnerrat bei den Projekten Halde und Hofmatten klar gutgeheissen.

Donat Ruedi, Die Mitte: Es widerstrebt mir zwar dem Gemeinderat zu widersprechen, aber ich bitte Gemeinderat Thomas Burkard im Bericht und Antrag aufzuzeigen wo dies geschrieben steht und den entsprechenden Paragraphen zu zitieren. Es wird weder in der Medienmitteilung noch im Bericht und Antrag erwähnt.

Lütolf Harry, Die Mitte: Die Diskussion, welche Thomas Hoffmann auslöst, ist nicht unnötig. Ich denke, es lohnt sich über das zu diskutieren. Ob ich inhaltlich gleicher Meinung bin, lasse ich zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Jedenfalls ist es ein Fakt, dass die Praxis von Wohlen unüblich ist. Man kann relativ viele Gemeinden zum Vergleich beziehen und keine hat die gleiche Praxis wie Wohlen. Auch Wettingen handhabt es nicht gleich wie Wohlen, das habe ich überprüft. Das mit den  $\pm 10\%$  ist aussergewöhnlich. Da ich dem Grossen Rat angehöre weiss ich, dass es der Kanton auch nicht so handhabt. Die meisten Gemeinwesen indexieren die Beträge im Antrag, was Wohlen nicht macht. Bei uns steht lediglich in den Erläuterungen geschrieben, dass die Beträge nach einem Baukostenindex zu verstehen seien. Deshalb besteht eine Abweichung zu dem was üblicherweise alle anderen Gemeinden machen. Zusätzlich verwendet Wohlen im Antrag  $\pm 10$  Prozent, was hingegen alle anderen Gemeinden nicht machen.

Jetzt stellt sich die Frage, ob es sich dabei um einen Trick handelt. Nach meiner Ansicht nicht. Der Gemeinderat versucht nicht, uns nicht irgendwelche übermässig hohen Beträge unterzujubeln, damit eine saubere Kostenabrechnung behandelt wird. Dies verstösst meiner Meinung nach sicher nicht gegen den § 90 f, den Thomas Hofmann aus dem Gemeindegesetz zitiert hat. In Wohlen gibt es eine gute Volksschule und jeder Bürger kann somit 10% ausrechnen. Für mich ist der Betrag noch genügend bestimmbar, so wie er im Antrag steht mit diesen  $\pm 10\%$ .

Ich denke, man muss sich überlegen wie die Antragstellung künftig erfolgen soll. Das muss aber nicht unbedingt jetzt sein. Es gibt auch Abweichungen von einem Verpflichtungskredit zum anderen. Thomas Burkard hat uns gesagt, es sei ein Versehen gewesen. Ich habe das Gefühl, es war nicht nur ein Versehen, sondern es hängt mit dem Sachbearbeiter zusammen. Ich denke aber, die Antragstellung sollte immer gleich erfolgen. Uns ist wichtig, dass nicht doppelt Reserven oder Ungenauigkeiten eingebaut werden. Die erste Ungenauigkeit, welche üblicherweise eingebaut wird, baut der Planer gemäss SIA ein, indem er zum Beispiel von einer Ungenauigkeit von 10% gemäss SIA ausgeht. Meiner Ansicht nach sollten die Anträge genauer formuliert werden, da mir nicht klar ist, ob der Gemeinderat zusätzlich zu den 10% Ungenauigkeit nochmals  $\pm 10\%$  im Antrag einbaut. Klar ist für uns auch, dass nicht in jedem Verpflichtungskredit Reserven eingebaut werden sollen. Wenn man zum Beispiel nur ein paar Container aufstellt, wie das beim Schulhaus Anglikon der Fall ist, finde ich, dass es keine grosse Herausforderung ist, die Kosten zu bestimmen. Dann gibt es aber Projekte wie das Schulhaus Halde, welches CHF 65 Mio. kostet und bei welchem Reserven Sinn machen. Wenn man weiss, dass der Bauuntergrund schwierig ist, dann machen Reserven auch Sinn. Es sollen aber nicht pauschal bei jedem Projekt Reserven einrechnet werden. Ich denke, dass man sich die Antragstellung noch einmal genau überlegen sollte. Die jetzige Praxis der Gemeinde Wohlen ist nicht sehr befriedigend. Den Antrag von Thomas Hofmann werde ich heute aber nicht unterstützen. Ich traue dem Bürger zu, dass er die 10% ausrechnen kann. Es ist für mich transparenter, so wie es jetzt gemacht wird. Dies jedoch nur unter der Bedingung, dass nicht zweimal 10% eingerechnet werden.

Stäger Dieter, FDP: Ich komme auch auf die  $\pm 10\%$  zu sprechen. Ich bin meistens jemand, der grundsätzlich einmal vertraut. Und wenn wir dem Gemeinderat vertrauen dürfen, dass dieser Betrag wirklich nur für ausserordentliche Kosten verwendet wird, die Arbeiten betreffen, welche budgetiert wurden oder im Kostenvoranschlag enthalten sind, dann befürworte ich diese 10%. Wir sehen jetzt, dass auch Rohstoffpreise plötzlich explodieren können. Etwas unschön ist es, wenn man dann mit diesen 10% etwas finanziert, was man vielleicht vergessen hat zu budgetieren oder auch noch schön zu realisieren wäre. Das ist die Gefahr, wenn wir  $\pm 10\%$  integrieren. Wenn dann die  $\pm 10\%$  so verwendet werden, wie bei der Abrechnung der Sportpark Bünzmatt AG, bei der man dann plötzlich sagt, dass die Überschreitung nur 2% oder 3% beträgt, obwohl es eigentlich 12% oder 13% wären, dann habe ich langsam meine Fragen dazu. Darum meine ich, wäre es besser, wenn man das Budget erstellt, wie man es immer gemacht hat, nämlich mit dieser Baukostenindexierung und ohne  $\pm 10\%$ .

Vor etwa zwei Jahren wurde der Finanzplan plötzlich nicht mehr im Herbst mit dem Budget traktandiert, sondern im Frühling. Dann ist er eigentlich bereits wieder veraltet, weil das neue Budget gar nicht integriert ist. Begründet wurde das damit, dass dem Einwohnerrat transparent dargestellt wird, welche Stellenerhöhungsanträge mit dem Budget beantragt werden. Das kann ich nachvollziehen und ich finde das eine gute Idee. Aber dann frage ich mich, wieso man jetzt eine Stellenplanerhöhung in den Investitionskredit integriert. So werden zwei Sachen vermischt, welche nicht zusammengehören. Ich finde es eine gute Idee in einer Vorlage transparent aufzuzeigen, dass mehr Personal benötigt wird. Aber es gehört einfach nicht in einen Investitionskredit, weil das Personal laufende Kosten darstellt.

Weiter irritiert mich, dass weiterhin eine Polizeipräsenz im Gemeindehaus vorhanden sein soll. Das ist durch nichts zu rechtfertigen, ausser, dass man irgendjemandem Sicherheit vorgaukeln will. Ich glaube nicht, dass ein Polizist schnell genug im Sozialamt ist, wenn es wirklich kritisch wird. Wenn man aber einen Fall hat, bei dem man weiss, es könnte kritisch werden, kann man jederzeit einen Polizisten anfordern. Aber jetzt einfach Polizisten im Gemeindehaus zu platzieren, um Zeit abzusetzen und weiterhin Raum zu blockieren, finde ich, wenn man unser Budget anschaut, einen ziemlichen Luxus. Der Gemeinderat hat das im Moment so beschlossen. Aber ich würde dem Gemeinderat wärmstens ans Herz legen, das gut anzuschauen, wenn man das nächste Mal über Raumbedarf spricht.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich möchte mich vor allem auch zu der letzten Aussage von Dieter Stäger äussern, wonach die Regionalpolizisten dort sitzen und nichts zu tun haben. Das ist in keiner Art und Weise der Fall. Diese haben alle ihre Aufgaben und etwas zu tun. Es gibt auch Aufgaben der Polizei ausserhalb vom Patrouillendienst, welche man im Büro erledigen muss. Ich bitte da doch realistisch zu bleiben. Es geht vor allem um die Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit und man muss sich auch vor Augen führen, dass die nächste Bushaltestelle von der Wilstrasse etwa 650 Meter entfernt ist. Es gibt weder eine Fusswegverbindung noch ein sicheres Trottoir. Wer also mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Wilstrasse gelangen muss, hat ein Problem. Ich spreche auch nicht von den Bürgerinnen und Bürgern, welche fit sind und das gerade noch mit einer Jogging-Tour verbinden, sondern ich spreche vor allem von den Leuten, die nicht so gut zu Fuss sind. Ich spreche zum Beispiel von einer alten Grossmutter, welche vielleicht auf der Polizei etwas erledigen muss oder jemand der Gehbehindert ist und einen Verlust von einer Identitätskarte melden muss. Es gibt also gewisse Aspekte, die man berücksichtigen muss und wir sind als öffentliches Gemeinwesen dazu verpflichtet, insbesondere für die Personen in der Bevölkerung, die nicht so fit sind einen anständigen Service Public zur Verfügung zu stellen. Das ist einer der wesentlichen Aspekte neben der Sicherheit. In der Medienmitteilung ist ausgeführt, dass weiterhin ein Posten im Gemeindehaus bleibt.

Der Einwohnerrat hat moniert, dass der Finanzplan erst nach dem Budget behandelt wird. Dem versuchen wir gerecht zu werden, indem wir diesen im Frühling behandeln. Somit schaffen wir eine Grundlage, um das Budget zu überarbeiten. Einer der Effekte ist tatsächlich, dass der Stellenplan bereits wieder veraltet ist. Wir haben darüber diskutiert, wann die Stellen beantragt werden sollen. Hier muss ich Sie an die letzten beiden Vorlagen erinnern und zwar an die P+R-Anlage am Bushof mit der Hauswartstelle und an die Turnhalle Hofmatten mit der Stelle für das Facility Management, bei welchen wir die Stellen noch separat beantragt haben und der Einwohnerrat diese schlussendlich abgelehnt hat. So stellt man den Gemeinderat vor taktisch schwierige Aufgaben. Zu welchem Zeitpunkt soll man die Stellen beantragen? Soll man diese zusammen mit dem Baukredit beantragen, um die Folgekosten aufzuzeigen oder soll man diese zu einem späteren Zeitpunkt beantragen, wenn der Vorwurf erhoben wird, warum haben wir dann das vorher nicht gesagt? Darum wird das jetzt miteinander beantragt, damit man die Kosten hoch transparent aufzeigen kann.

Ich möchte mich zu den  $\pm 10\%$  äussern, um einiges aufzuklären. Es gibt Reservepositionen und Unvorhergesehenes. Bei Grossprojekten, wie dem Schulhaus Halde, bei muss man davon ausgehen, dass vielleicht

etwas hinzukommt. Aus diesem Grund weist der Gemeinderat dies transparent mittels den  $\pm 10\%$  aus. Dies stellt die Planungsungenauigkeit zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Kostenvoranschlags dar. Früher wurde auch  $\pm 15\%$  oder  $\pm 20\%$  verwendet, je nachdem wie weit die Planung bereits fortgeschritten war. Beispielsweise beim Hochwasserrückhaltebecken Büelisacher wurde eine Planungsungenauigkeit von  $\pm 20\%$  einberechnet, da die Planung noch nicht weit fortgeschritten war. Um auf die Befürchtung von Harry Lütolf zurückzukommen. Das wird nicht doppelt oder dreifach eingerechnet, sondern es handelt sich lediglich um die Ungenauigkeit zum Zeitpunkt des Kostenvoranschlags. Der Gemeinderat verfolgt die Philosophie, dass wir 100% Kosten beantragen und aufzeigen, welche Unsicherheit zu diesem Zeitpunkt noch besteht. Transparenter geht es aus Sicht des Gemeinderates nicht. Wir haben auch recherchiert und herausgefunden, dass es verschiedene Varianten gibt und die Gemeinden nicht alle die gleiche Praxis verfolgen. Es gibt auch Gemeinden, die es genau gleich handhaben wie die Gemeinde Wohlen. Wenn man im Archiv der Gemeinde Wohlen nachschaut, sieht man, dass früher bei einigen Projekten 100% der Kosten ohne  $\pm 10\%$  beantragt wurden und nachher daraus Kreditüberschreitungen von 15% resultierten, welche darin begründet wurde, dass in der Vorlage aufgeführt war, dass es eine Kostenungenauigkeit von  $\pm 10\%$  gibt. Diese Praxis wurde bei verschiedenen Projekten, wie beim Sportpark Niedermatten, beim Friedhofsgebäude und auch bei Vorlagen zur Drainagenentwässerung angewendet.

Ich lese aus der Medienmitteilung zur Kreditabrechnung vom Sportpark Bünz matt vor:

*«Die Erneuerung (...) schliesst gegenüber dem Voranschlag unter Inanspruchnahme der Planungsungenauigkeit von +/-10% mit einer Kreditüberschreitung von CHF 371'343.10 oder 3.2% ab. Der Neubau der Eishalle schliesst mit einer Kreditüberschreitung von nur CHF 156'058.00 oder 1.3% ab.»*

Es wird also, im Gegensatz zu anderen Projekten aus der Vergangenheit, hoch transparent aufgezeigt. Ich bitte Sie darum, dem Antrag vom Thomas Hofmann nicht stattzugeben und den vom Gemeinderat transparenten Weg weiterhin zu verfolgen und auch den 40 Stellenprozent zuzustimmen.

Sax Simon, Präsident FGPK: Als Präsident der FGPK, möchte ich Ihnen gerne die Meinung betreffend den  $\pm 10\%$  kundtun. Wir haben dieses Thema anlässlich der letzten FGPK-Sitzung diskutiert. Zum Start der Diskussion hatten wir sehr unterschiedliche Meinungen. Wir haben dann die verschiedenen möglichen Varianten für die Verpflichtungskreditanträge angeschaut und Vor- und Nachteile gegenübergestellt. Wir sind der Meinung, dass die gewählte Variante durchaus sinnvoll ist. Es sind 100% ausgewiesen. Diese werden häufig aufgrund von Kostenvoranschlägen, wie wir es bereits gehört haben, und aufgrund von Richtofferten festgelegt. Wir wissen alle, dass erst bei der definitiven Offerte, also erst im Nachgang, wenn die Submission eröffnet wird, die Preise bekannt sind. Die  $\pm 10\%$  erachten wir als eine transparente Variante.

Von der Medienmitteilung betreffend der Kreditabrechnung Sportpark Bünz matt waren wir nicht wirklich begeistert. Das hätte man auch anders formulieren können. Wir sind auch der Meinung, es handelt sich hier nicht um eine Überschreitung von 2%, sondern von 12%. Man hätte das besser so geschrieben.

Sollte sich herausstellen, dass es gesetzlich nicht zulässig ist, wie es die Gemeinde Wohlen handhabt, dann sind wir natürlich auch klar der Meinung, dass man eine gesetzeskonforme Praxis verfolgen muss. Es sollte gleichgehalten werden.

Nun noch zwei persönliche Anmerkungen von mir. Zuerst zum Polizeischalter im Gemeindehaus. Ich kann mich gut an die erste Vorlage, die im Einwohnerrat zu diesem Thema behandelt wurde, erinnern und damals hiess es unisono von allen Parteien, dass es nicht sein kann, dass die ganze Kundschaft zum Schalter an der Wilstrasse gehen muss. Dies ohne Trottoir oder sonstigen Gehweg. Ich will das nicht so im Raum stehen lassen. Die breite Meinungsäusserung im Einwohnerrat war, dass weiterhin ein Schalter im Gemeindehaus bleiben soll.

Ebenfalls möchte ich mich noch zu den Facility Management Stellen, welche im Verpflichtungskredit beantragt werden, äussern. Ich glaube der Gemeinderat hat aus den vergangenen Beschlüssen des Einwohnerrates gelernt. Es ist ein Unding, dass man eine Turnhalle Hofmatten bewilligt und diese nachher nicht gereinigt werden kann, weil die Stelle für die Reinigung nicht genehmigt werden. Was man bestellt soll man auch unterhalten. Das ist meine persönliche Meinung. Ich verstehe, dass dieser Antrag nun auf diesem Weg gestellt wird auch wenn es – sind wir ehrlich – sinnfrei ist. Gebrannte Kinder greifen zu solchen Methoden und da müssen wir uns selbst an der Nase nehmen. Dass man überhaupt auf die Idee kommt, es so machen zu müssen ist auf unsere bisherigen Beschlüsse zurückzuführen.

### **Abstimmung**

Der Änderungsantrag der FDP

*Der Zusatz von  $\pm 10\%$  ist ersatzlos zu streichen.*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Realisierung der Umbaumaassnahmen bei der Liegenschaft Wilstrasse 57 im Gesamtbetrag von CHF 1'400'000 ( $\pm 10\%$ , inkl. 7.7% MWST)*

wird einstimmig zugestimmt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

2. *Genehmigung von 40 Stellenprozent für Facility Management und Reinigung*

wird mit 32 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

## **Bericht und Antrag 15009 Schulraumprovisorium Primarschule Anglikon – Verpflichtungskredit Realisierung**

---

Isler-Rüttimann Sonja, FGPK: Vorab möchten wir uns beim Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung für den geleisteten Kraftakt bedanken. Innert kürzester Zeit liegt ein detailliert ausgearbeitetes Projekt vor, das im Sinne der Motion umgesetzt wurde und absolut mehrheitsfähig ist.

Für die Realisierung des Projektes ist eine befristete Ausnahmegewilligung durch den Gemeinderat nötig. Der Entscheid für dieses Provisorium ist bereits ein Vorentscheid für die Einleitung des Umzonungsverfahrens. Dieses Verfahren muss für eine definitive Lösung vorgenommen werden, ein Provisorium soll vermieden werden.

Die FGPK wurde ausführlich über die Art des Containerbaus informiert. Die Lösung ist nachhaltig und für zehn Jahre konzipiert. Es wird bei jeder Jahreszeit ein angenehmes Raumklima herrschen. Der Kindergarten Wohlermatten kann nach Ablauf des Mietvertrages 2028 darin integriert werden. Die Pläne sind entsprechend ausgearbeitet. Der naturnahe Pausenplatz kann durch diese Platzierung der Container erhalten bleiben.

Auch eine Mietlösung wurde geprüft. Für die Dauer von zehn Jahren fällt diese aber zu teuer aus. Die steigenden Preise wurden in diesem Projekt bereits berücksichtigt und schliesslich können die Container nach ihrem Einsatz an einem anderen Ort eingesetzt oder verkauft werden. Grundsätzlich wird das Terminrisiko in diesem Projekt höher gewertet als das Kostenrisiko. Die aktuelle Weltlage könnte die Situation bezüglich Baustoffbeschaffung noch zusätzlich erschweren. Alles in allem findet die FGPK diese Lösung grossmehrheitlich gut.

Sollte der Einwohnerrat diesen Bericht und Antrag ablehnen oder der Zeitrahmen nicht eingehalten werden können, müsste die 4. Klasse bereits nach den Sommerferien dem Schulhaus Bünz matt zugeteilt werden. Der Verbleib der 3. Klasse in Anglikon müsste geprüft werden. Dieses Szenario wird zur Sicherheit synchron entworfen.

Abschliessend bleibt zu erwähnen, dass schnellstmöglich ein Konzept über die weitere Schulraumplanung in Anglikon erstellt werden sollte. Die mittelfristige Entwicklung muss beobachtet werden, um eine langfristige Einbindung in das vorhandene Schulraumkonzept von Wohlen gewährleisten zu können.

Die FGPK stimmt der Genehmigung des Verpflichtungskredites mit 7 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen zu. Der Abschreibung der Motion 14049 stimmt sie einstimmig zu.

Burkard Thomas, Vizeammann: Das Projekt musste in kürzester Zeit und sogar mit externer Hilfe erarbeitet werden. Wenn der Einwohnerrat diesem Projekt heute zustimmt, so bleibt der Terminplan äusserst ehrgeizig. Es dürfen keine Einsprachen erhoben werden, die Lieferung der Stahlcontainern müssen termingerecht erfolgen, was noch nicht sicher ist bei den aktuellen Rohstoffschwierigkeiten. Zudem muss der Submissionsprozess, der bereits gestartet hat, ohne Problem verlaufen. Es ist zwingend notwendig, dass der Termin Mitte August eingehalten werden kann. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als sicher. Aber ich kann Ihnen versprechen, wir tun alles dafür, dass wir den Termin einhalten zu können. Es benötigt für den Standort dieser Baute eine Ausnahmegewilligung. Diese kann nur befristet erteilt werden. Dies, weil sich das Landstück, auf dem das Provisorium erstellt werden soll und später auch der Erweiterungsbau geplant wäre, in der Wohn- und Gewerbezone 2 befindet. In dieser ist es nicht erlaubt, eine Schulhausbaute zu erstellen. Das Provisorium ist auf eine Nutzungsdauer von zehn Jahren ausgelegt. Dieser Zeitraum wird benötigt, um das Umzonungsverfahren durchzuführen. Ausserdem wissen wir alle, wie lange Provisorien in Wohlen bestehen bleiben.

Der Gemeinderat stellt Ihnen mit dem Bericht und Antrag zwei Anträge. Einerseits den Verpflichtungskredit über CHF 1'070'000 und zweitens die Abschreibung der Motion 14049.

Wenn Sie diesem Verpflichtungskredit zum Provisorium zustimmen, dann müssen Sie sich bewusst sein, dass der Erhalt der Primarschule bis zur 4. Klasse im Dorfteil Anglikon erfolgen kann und dass das zum Bau eines Quartierschulhaus Anglikon führt. Allerdings erfolgt der Bau ohne eine Turnhalle und ohne Spezialräume. Für diese Fächer müssten die Schülerinnen und Schüler der 3. und der 4. Klasse ins Schulhaus Bünzmatt gehen. Die Umzonung für den geplanten Erweiterungsbau, also das zukünftige Definitivum hinter dem bestehenden Schulhaus, müsste in diesem Fall zügig erfolgen. Wenn Sie heute diesem Verpflichtungskredit zustimmen, dann stimmen Sie eigentlich vorgezogen auch schon einem Erweiterungsbau zu, weil die Planung unmittelbar im Anschluss an den heutigen Entscheid in die Wege geleitet werden muss. Dies mit der Revision der Nutzungsplanungssiedlung.

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir damit einen neuen Weg in der Schulraumplanung einschlagen. Dies nicht nur baulich mit einer Erweiterung eines Quartierschulhauses, sondern auch Schulorganisatorisch. Dieser Entscheid wird auch auf die schulinterne Organisation Folgen haben. Beispielsweise können mit dem Erweiterungsbau eben auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Quartieren in Wohlen nach Anglikon zugeteilt werden. Dies je nach Auslastung der Abteilungen in Wohlen oder Anglikon. Wenn Sie aber diesen Verpflichtungskredit ablehnen, so ist Anglikon zukünftig ein Zyklus 1-Schulhaus, mit zwei Kindergärten, einer 1. und einer 2. Klasse. Die 4. Klasse und eventuell auch die 3. Klasse werden ins Bünzmatt Schulhaus wechseln, wie ursprünglich von der Schulpflege und vom Gemeinderat vorgesehen.

Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass wir Ihnen in einer ganz kurzen Zeit ein sehr gutes Projekt vorlegen konnten. Der Gemeinderat lehnte die Motion ursprünglich ab. Sie haben aber im November 2021 ein anderes Zeichen gesetzt und deshalb haben wir alles darangesetzt, Ihnen eine gute Vorlage präsentieren zu können.

### **Fraktionsmeinungen**

Gutaj Mergim, SP: Am 8. November 2021 hat der Einwohnerrat die Motion betreffend dem Erhalt der Primarschule bis zur 4. Klasse im Dorfteil Anglikon mit 30 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen überwiesen. Es gab sogar eine Kundgebung dazu. Die Abteilung Liegenschaften und Anlagen hat am 11. November 2021 die Projektarbeit aufgenommen und am 13. Dezember 2021 dem Gemeinderat die Projektdefinition sowie die Finanzierung der Projektierung unterbreitet. Ziemlich sportlich würde ich behaupten!

Das Provisorium soll, gemäss dem vorliegenden Bericht und Antrag, in Form von einem zweigeschossigen Gebäude in Modulbauweise, nordöstlich vom Schulhaus Anglikon platziert werden. So bleibt die Pausenplatzfläche unberührt bleibt. Der Vorteil der Modulbauweise liegt in der sehr effizienten Projektierungs- und Realisierungsweise. Zudem können die Module später auch an anderer Stelle wiederverwendet werden.

Die SP-Fraktion erachtet das Projekt als gut. Für die Umsetzung kann bestehendes, sich im Eigentum der Gemeinde befindliches Land genutzt werden. Das Konzept wurde trotz der enorm knappen Zeitdauer sehr gut ausgearbeitet. Die Lösung mit den Containern ist akzeptabel und ein gangbarer Weg.

Obwohl das Provisorium voraussichtlich zehn Jahre genutzt werden soll, ist eine einfache, modulare und sehr wirtschaftliche Konstruktion vorgesehen, welche auf den marktüblichen Standards basiert und vorgefertigt werden kann. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, den sehr ehrgeizigen Terminplan (Bezug August 2022) einzuhalten und die Investitionskosten auf ein Minimum zu beschränken. Der Gemeinderat sowie das Planungsteam hat alles in seiner Macht stehende getan, um dieses Projekt zu realisieren.

Die SP-Fraktion wird diesem Bericht und Antrag zustimmen.

Angst Matthias, GLP/EVP: Erst im November hat unser Rat die Motion überwiesen. Die Fraktion GLP/EVP dankt dem Gemeinderat für die äusserst speditive Erarbeitung dieses Berichts und Antrags. Das soll hier lobend erwähnt werden.

Die Motion wird zeitnah, effektiv und umsichtig umgesetzt. Dass dies etwas kostet, ist und war allen klar. Schulraum gibt es nicht gratis. Mit dieser Vorlage wurde allerdings eine sinnvolle, finanziell überschaubare Variante gewählt, die erst noch im Eigentum der Gemeinde liegt. Abzüglich des Restwerts sprechen wir hier von rund CHF 500'000 für zehn Jahre. Zum Vergleich: Die Kindergartenmiete für nur eine Klasse in der Wohlermatte kostet uns monatlich CHF 4'200, jährlich rund CHF 50'000 und in zehn Jahren somit CHF 500'000, also gleich viel wie dieses Provisorium.

Die Schule Anglikon existiert seit über 100 Jahren. Sie entlastet die grösseren Schulzentren und ist als Standort unbestritten. Die Gemeinde verfügt direkt daneben ein Grundstück von über 4'500m<sup>2</sup>. Davon werden nun ganz am Rand weniger als 300m<sup>2</sup> für das Provisorium gebraucht. Die Ablösung der Wohlermatte wird erst noch einfach realisierbar. Die Erweiterung ist bereits mitbedacht.

Gewünscht wurde allseits eine pragmatische Lösung, die nun auf dem Tisch liegt. Es braucht nicht immer jahrelange Eventualplanungen und Absicherungen, manchmal geht es auch einfach und rasch. Das ist vorliegend sehr erfreulich.

Mit der erarbeiteten Vorlage ist unsere Fraktion einverstanden, sie wird dem Antrag zustimmen.

Kündig Adrian, SVP: Wie bereits bekannt, muss sich die Gemeinde Wohlen grossen finanziellen Herausforderungen stellen. Bei aller Sympathie für unsere Mitbewohnerinnen und Mitbewohner des Dorfteils Anglikon sind wir der Auffassung, dass die Strecke für 4. Klässler ins Bünzmatt-Schulhaus problemlos zu Fuss zu bewältigen ist.

Gemäss der Liste «Fussverkehr Schweiz» ist die Strecke absolut im grünen Bereich für Kinder zwischen neun bis zwölf Jahre. Die Schülerinnen und Schüler können sich auch bestens untereinander austauschen und erst noch die schöne Natur erleben. Das Provisorium würde bei aktuell 23 Schulkindern rund CHF 46'500 pro Kinder kosten und das auch unter der Voraussetzung, dass nach zehn Jahren die Container zu CHF 500'000 Franken verkauft werden können. Ansonsten kämen nochmal rund CHF 21'700 pro Kind dazu.

Beispielsweise mit der Ortsbuslinie 4 fährt man vom Angliker Zentrum innerhalb von vier Minuten zum Bünzmattschulhaus. Der Bus fährt alle 30 Minuten. In ein paar Jahren ist ein Neubau geplant, welcher CHF 4,5 bis 6 Mio. kosten wird. Die SVP Wohlen/Anglikon lehnt den Verpflichtungskredit einstimmig ab.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Es wurde bereits fast alles gesagt, es gibt nur noch etwas was ich anfügen möchte. Damit es bis im August keine Verzögerungen durch Einsprachen gibt, braucht es jetzt Gespräche mit den angrenzenden Nachbarn, damit die Kinder der 3. und 4. Klasse auch wirklich weiterhin in Anglikon zur Schule gehen können. Wir möchten dem Gemeinderat für die sehr effiziente Arbeit und dieses gute Projekt danken. Unsere Fraktion wird diesem Bericht und Antrag zustimmen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon/FDP: Wir danken Thomas Burkard für diesen guten Lösungsvorschlag. Auch wenn der Gemeinderat bis jetzt noch kritische Voten gegen die Erweiterung des Schulhauses in Anglikon hielt, sind wir sicher und zuversichtlich, dass die Umsetzung dieses Containerprovisoriums termingerecht erfolgen wird und dass dies der richtige Weg für Anglikon, aber auch für die Gemeinde Wohlen ist.

Hier zusammengefasst die wichtigsten Argumente, welche für diesen zusätzlichen Schulraum sprechen:

- Die Gemeinde wird dank mehr Schulraum bei zukünftigen Schulhausneubau- oder Renovations-Projekten entlastet (Halde, Junkholz).
- Die benachbarten Quartiere (wie Litzibuech, Bergmatte) werden bei Engpässen in ihren Schulen oder Kindergärten unterstützt.
- Das Schulhaus Bünzmatt wird zukünftig entlastet, da dieses auch immer mehr Schüler haben wird.
- Der Kindergarten Wohlermatte kann ab dem Jahr 2028 im Schulhaus Anglikon integriert werden. Das spart zukünftig Kosten.
- Die tiefen Kosten für die nächsten zehn Jahre, modulare Erweiterungsmöglichkeiten und die Wiederverwendbarkeit dieser Container, wenn sie nicht mehr in Anglikon gebraucht werden.
- Glückliche Schülerinnen und Schüler und Eltern, weil die Schule im Dorf bleibt und der Schulweg nicht länger wird.

Wenn wir jetzt dieses Projekt ablehnen, werden dann in ein paar Jahren Mehrkosten auf uns zukommen, wenn andere Schulhäuser keinen Platz mehr haben. Mit der Zustimmung geben wir uns wieder mehr Spielraum für kommende Schulraumengpässe in der Gemeinde.

Unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon stimmt beiden Anträgen einstimmig zu.

Isler-Rüttimann Sonja, Die Mitte: Das vorliegende Projekt ist sicher die beste Lösung, welche in so kurzer Zeit erarbeitet werden konnte. Die Bauweise ist modular und einfach gehalten, die Container können das ganze Jahr bei angenehmen klimatischen Verhältnissen genutzt werden. Der wertvolle Pausenplatz bleibt bestehen und invasive Umgebungsarbeiten sind nicht nötig.

Es ist eine pragmatische Lösung, welche dem Termindruck gerecht wird. Die Kosten sind überschaubar und erfreulicherweise tief gehalten. Ein grosses Anliegen unserer Fraktion ist, dass der Kindergarten Wohlermatte nach Ablauf des unverhältnismässig hohen Mietvertrages integriert wird. Diese Zusicherung wurde uns seitens des Gemeinderates gemacht.

Wir hoffen, dass der ehrgeizige Terminplan trotz der schwierigen Lage eingehalten und der Unterricht nach den Sommerferien im Provisorium aufgenommen werden kann.

Auch uns ist es wichtig, dass die neue Situation rund um den Schulraum Anglikon so schnell wie möglich in die Gesamtsituation der Schulraumplanung Wohlen aufgenommen wird. Die Containerlösung soll nicht wieder zu einem Provisorium werden.

Die nötige Umzonung vorzubereiten macht Sinn, um keine Zeit zu verlieren. Wir sind uns bewusst, dass die geschaffene Situation im Gesamtkontext nicht ganz einfach wird. Trotzdem setzen wir uns für die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und deren Familien in Anglikon ein und werden diesem Antrag zustimmen.

### **Einzelvoten**

Lütolf Harry, Die Mitte: In der Politik braucht man Langatmigkeit und eine relativ hohe Frustrationstoleranz. Es ist bereits gesagt worden, Die Mitte hat das Anliegen als erste Partei aufgegriffen und am 21. September 2018 mit einer dringlichen Motion vorgebracht. Diese wurde zwar vom Einwohnerrat abgelehnt, aber jetzt haben wir es geschafft und das Provisorium wird realisiert. Es freut mich sehr, dass der Gemeinderat bereits weitergedacht hat und den Kindergarten Wohlermatte bereits miteinbezogen hat. Die Planung muss aber rasch angegangen werden. Ich schätze mal, dass diese spätestens im Jahr 2026, also in vier Jahren in Angriff genommen werden muss, damit man den Kindergarten Wohlermatte auflösen kann. Es wurde heute bereits erwähnt, dass es sich dabei um eine hoffnungslos überteuerte Lösung handelt.

Es ist auf dem Bericht und Antrag auf Seite 2 beschrieben, dass man eine Ausnahmegewilligung erteilt hat. Hat sich die Gemeinde Wohlen diese selbst erteilt? Und wie lange wird es dauern bis der Kanton uns rügt, weil er findet, dass die Ausnahmegewilligung bereinigt werden muss? Ich würde auch beliebt machen, dass man das Grundstück mit der Parzellennummer 5940 abparzelliert, wenn man merkt, es wird knapp. Da dieses Grundstück sehr gross ist, wäre das bestimmt gut möglich. Es ist wünschenswert, dass man denjenigen Teil des Grundstücks, auf welchem die Anlagen erstellt werden sollen, möglichst schnell in die Zone für öffentliche Bauten umzonen kann. So haben wir kein Problem, wenn der Kanton uns aufgrund der Ausnahmegewilligung rügt. Was man mit dem Rest des Grundstücks machen will, kann man später entscheiden. Wer hat also die Ausnahmegewilligung erteilt und wie lange ist sie wirklich gültig?

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Ich bin seitens des Gemeinderates unter anderem für die Abteilung Baugesuche und das Thema rund um die Raumplanung zuständig, welche bei diesem Geschäft betroffen sind. Ich möchte vorab eine realistische Einschätzung abgeben und aufzeigen, was Umzonung bedeutet, damit überhaupt ein Schulhaus gebaut werden darf.

Diese Parzelle befindet sich heute in einer Wohn- und Gewerbezone 2 (WG 2). In dieser Zone sind an sich keine öffentlichen Nutzungen und damit auch keine Schulanlagen erlaubt. Das heisst es braucht eine Umzonung in die Zone für öffentlichen Bauten und Anlagen (ÖBA). Jetzt steht in der Gemeinde Wohlen die

Gesamtrevision der Nutzungsplanung an. Der Kredit für diese Projektierungsarbeiten wird Ihnen noch in diesem Jahr vorgelegt. Dieser Prozess zieht sich jedoch über mehrere Jahre hin. Selbstverständlich könnte man einzelne Umzonung vornehmen, aber wenn man sich den Gesamtkontext anschaut, muss man auch immer sämtliche Umzonungen in Betracht ziehen. Es ist noch ein langer Weg und wir wissen aus anderen Gemeinden, dass es zu Verzögerungen kommen kann, wenn zum Beispiel Einsprachen erhoben werden. Deshalb benötigt man die Ausnahmegewilligung.

Nun zu den Fragen von Harry Lütolf. Diese Ausnahmegewilligung wurde noch nicht erteilt. Die Gemeinde Wohlen nimmt dabei eine Doppelrolle ein, indem sie einerseits durch die Abteilung Liegenschaft und Anlagen ein Baugesuch stellt und andererseits indem die Abteilung Baubewilligungen dieses Baugesuch auf die rechtliche Zulässigkeit prüft. In diesem Rahmen wird dann eine Ausnahmegewilligung erteilt. Das mag komisch wirken, aber natürlich müssen wir auch unsere eigenen Bauprojekte auf ihr Rechtmässigkeit prüfen. Zudem muss man auch der Nachbarschaft oder weiteren Betroffenen die Möglichkeit geben, Einsprache zu erheben. Die Baubewilligung ist noch nicht erteilt und die Ausnahmegewilligung wird ein Bestandteil dieser Baubewilligung sein. Diese wird aber nur für einen befristeten Zeitraum erteilt. Sinnvollerweise wird diese für zehn Jahre erteilt, da das Umzonungsverfahren ungefähr so lange dauert. Gegen die Ausnahmegewilligung können entsprechende Rechtsmittel ergriffen werden. Wir gehen jedoch nicht davon aus, dass diese in diesem Fall ergriffen werden. Mit der Abparzellierung, wie das Harry Lütolf ausgeführt hat, hat es an sich nichts zu tun. Es gibt auch Zonengrenzen, welche quer durch Grundstücke durchführen.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Mein Kollege Hans Rudolf Meyer als Mitmotionär und ich danken dem Gemeinderat Thomas Burkard für diesen schnellen, guten, grünen und pragmatischen Lösungsvorschlag. Ich möchte festhalten, dass wir heute lediglich diesem Bericht und Antrag zustimmen und nicht einem «Erweiterungsbau», den Thomas Burkard erwähnte. Selten in den letzten Jahren hat ein Thema die Anglikerinnen und Angliker, wie auch viele Wohler so mobilisiert, wie diese Motion.

Eine kleine Zeitreise:

- September 2018: Motion der CVP, welche das gleiche Ziel hatte, leider aber auch aus unseren Reihen abgelehnt wurde. Aber das war schlussendlich vielleicht auch besser so, da wir mit unserer Motion eine emotionale Bindung hatten und dadurch mehr Unterstützung aus Anglikon erhielten.
- 4. Juni 2019: Die dringliche Motion und Angliker Petition mit über 1'000 Unterschriften wurde an den Gemeinderat abgegeben
- 24. Juni 2019: Behandlung der Motion und Verzicht auf die Dringlichkeit der Motion anlässlich der Einwohnerratssitzung
- 29. September 2019: Aussprache zwischen dem Dorfteil Anglikon und dem Gemeinderat betreffend der Motion. Darauf folgende lange Funkstille.
- 14. Januar 2021: Erste Anfrage zur Motion und wie es weiter gehen soll.
- 6. Juni 2021: Zweite Anfrage zur Motion und wie es weiter gehen soll.
- 4. Oktober 2021: Antwort zur 2. Anfrage erhalten.
- 30. Oktober 2021: Kundgebung mit 100 Personen vor dem Gemeindehaus.
- 8. November 2021: Die Motion wurde durch den Einwohnerrat überwiesen.

Und heute, dem 21. März 2022, ist der wichtigste Tag für diese Motion. Sie haben es nun in der Hand, diese 3.5-jährige Reise zum Ziel zu bringen. Endgültig am Ziel werden wir aber erst sein, wenn das Provisorium rechtzeitig im August 2022 zur Verfügung steht.

Die wichtigsten Argumente, welche für diesen zusätzlichen Schulraum sprechen, habe ich in meiner Fraktionsmeinung genannt. Eines der wichtigsten Ziele dieser Motion war aber, und das haben wir nie aus den Augen verloren, dass die 3. und 4. Klässler im Schulhaus Anglikon bleiben können und somit keine langen Schulwege haben werden.

Zum Statement der SVP möchte ich festhalten, dass die Hälfte der Schulkinder, wenn sie in die 3. Klasse wechseln, anfangs Schuljahr erst 8 Jahre jung sind und somit noch keine Veloprüfung haben. Das Gegenargument, wonach die Kinder mit dem Velo zur Schule gehen können, trifft also auf die Hälfte der Kinder nicht zu. Wenn die Kinder dann ihren ersten Schultag im neuen Schulzimmer haben werden und Sie deren glückliche Gesichter sehen können, wüssten Sie, dass Sie ein Teil von einer positiven Geschichtsschreibung in Anglikon sind. Auch die Eltern würden das Ihnen verdanken.

Die positiven Rückmeldungen der meisten Fraktionen zeigen uns, dass wir bald mit unserer Reise am Ziel sind. Den Worten lasst nun Taten sprechen. Wir Motionäre, Hans Rudolf Meyer und ich danken Ihnen für Ihre Zustimmung im Namen des Dorfteils Anglikon, der Schüler und der Eltern.

Christen Peter, SVP: Ganz pragmatisch analysiert geht es bei diesem Geschäft um einige 3. und 4. Klässler, die Angst haben im Dunkeln den Weg an der Bünz entlangzulaufen oder so unsportlich sind, dass sie diesen Weg nicht mehr selbst gehen können. Ich bin im Gebiet Boll gross geworden und bin als 1. Klässler ins Schulhaus Halde gelaufen ohne das kleinste Problem. Die Vorfahren von diesen Schülern, welchen wir diesen Luxus bieten wollen, haben einen längeren Weg auf sich genommen. Wir haben heute Abend viel «wenn» und «aber» gehört. Wir wissen auch, dass diese Erweiterung im Schulraumkonzept nicht vorgeesehen war und lediglich aufgrund der Motion der Angliker zustande gekommen ist.

Ich finde es bedenklich, wenn man anschaut, wieviel uns die wenigen Kinder kosten, die de facto schlussendlich für den Turn- und Werkunterricht trotzdem zum Bünzmattschulhaus laufen müssen und im Umkehrschluss auch damit gerechnet werden muss, dass Kinder von anderen Schulhäusern ins Schulhaus Anglikon wechseln müssen. Es wird etwas durchgedrückt, was grundsätzlich nicht nötig ist. Man geht von einer idealistischen Annahme aus, dass man schlussendlich die Container für CHF 500'000 verkaufen kann. Ich bitte Sie, machen Sie die Augen auf. Was kommt als nächstes? Was ist der nächste Wunsch? Soll es als nächstes ein Ponyhof sein? Jetzt müssen wir einfach bei den Grundlagen bleiben und uns fragen, ist das zwingend nötig? Es ist ein Betrag von über CHF 40'000 angesprochen worden. Wohlen ist in einer erbärmlichen finanziellen Situation. Nichtsdestotrotz wird alles, was irgendwie zur Diskussion gestellt wird, einfach genehmigt. So können wir nicht weitermachen. Ich appelliere an die Eigenverantwortung der Mitglieder des Einwohnerrates, die schlussendlich vom Volk gewählt worden sind. Dieses Volk wird auch eine Steuererhöhung bekommen, weil was bestellt wird, muss bezahlt werden. Ich bin nicht sicher, ob dies alle Personen hier im Saal und auch die Bevölkerung, die euch gewählt haben goutieren.

## **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Genehmigung eines Verpflichtungskredites zur Realisierung des Schulraumprovisoriums Primarschule Anglikon im Gesamtbetrag von brutto CHF 1'070'000 (±10%; inkl. 7.7% MWST)*

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen zugestimmt.

Dem gemeinderätlichen Antrag

2. *Abschreibung der Motion 14049 für den Erhalt der Primarschule bis zur 4. Klasse im Dorfteil Anglikon*

wird einstimmig zugestimmt.

**Bericht und Antrag 15008 Sanierung der 3-fach-Turnhalle Junkholz – Verpflichtungskredit Realisierung**

---

Schmid Patrick, FGPK: Im Namen der FGPK möchte ich mich bei Vizeammann Thomas Burkard und Samanta Cipolla Projektleiterin Hochbau für einen sauberen, vollständigen, umfassenden und nachvollziehbaren Antrag und eine gute, straffe Vorstellung des Projekts bedanken. Alle Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Fragen kamen unter anderem zum Schulbetrieb, zur Statik des Gebäudes, dem «sportlichen» Zeitplan und zur Information der Vereine. Der Bericht und Antrag geht auf die Motion 14025 vom 10. September 2018, welche von Josef Muff (SP), Sebastian Berns (GLP) und Denise Strasser (FDP) im Namen der Liegenschaftskommission eingereicht wurde, zurück und ist politisch breit abgestützt, weshalb sie vom Einwohnerrat 2019 überwiesen wurde.

Die FGPK findet es zudem gut, dass Massnahmen zur Verminderung von Vandalismus in das Projekt mit einbezogen wurden (Forderung Jugendsession). Zudem kann der Energieverbrauch künftig durch die Verbesserung der Aussenhülle minimiert werden.

Bedenken bestanden einerseits zum Zeitpunkt der Realisierung und andererseits zur finanziellen Situation der Gemeinde. Es ist klar, dass die Sanierung auch umgesetzt werden muss. Die FGPK fragte sich, ob dafür genügend Personal zur Verfügung steht, denn derzeit gibt es viele Bauprojekte. Weiter wurde über die Statik des Dachs diskutiert. In den letzten Jahren mussten diverse Reparaturen und Sofortmassnahmen – im Betrag von CHF 20'000 – durchgeführt werden, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Ohne Sanierung würden die Unterhaltskosten und die verbrauchten Kilowattstunden auch in Zukunft noch zunehmen. Durch die geplanten Massnahmen und dem Einsatz einer Photovoltaikanlage können die Kosten in den kommenden 45 Jahren gesenkt werden.

Die FGPK stimmt dem vorliegenden Antrag mit 6 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zu. Gemäss § 6 Ziff. 7 der Gemeindeordnung (GO) unterstehen Beschlüsse des Einwohnerrates, die einmalige Ausgaben von über CHF 5 Mio. zur Folge haben, dem obligatorischen Referendum.

Ich teile Ihnen die Fraktionsmeinung der Grünen mit. Wir finden dieses Projekt sehr gut, da es auf etwas abzielt, was wir in Zukunft viel stärker fördern müssen. Und zwar Energie zu sparen und nicht nur aus anderen Quellen zu gewinnen. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich sagen, dass es in der Turnhalle Junkholz im Winter zu kalt ist, um Sport zu machen und im Sommer zu heiss. Man sieht, wie die Energie verschleudert wird. Ich glaube, dass sich die Kosten für dieses Projekt inklusive den Zinsen bald einmal mit den Einsparungen der Energie aufheben. Obwohl man diesen Betrag nicht auf den Franken genau bestimmen kann, da sich das Wetter schlecht einschätzen lässt. Wir sind sehr zufrieden, da man sicherlich viel weniger Energie benötigt.

Wir haben heute die Wahl, ob wir dieses Projekt jetzt ausführen. Früher oder später wird es sowieso umgesetzt werden.

Burkard Thomas, Vizeammann: Der Sprecher der FGPK war sehr ausführlich und hat bereits sehr viele Details erwähnt. Zudem ist der Bericht und Antrag sehr ausführlich ausgearbeitet und geht auf viele Details ein. Das Begehren wurde seinerzeit mittels einer Motion der Liegenschaftskommission eingereicht und wurde vom Einwohnerrat überwiesen. Das Gebäude wurde im Jahr 1973 erbaut und im Jahr 1974 in Betrieb genommen. Das war vor fast 50 Jahren. Nach dieser Zeit ist eine grosszyklische Erneuerung, man kann sagen eine Totalsanierung, nötig und sollte nicht mehr aufgeschoben werden.

Der Beschluss zum Verpflichtungskredit untersteht dem obligatorischen Referendum, weil der Betrag des Verpflichtungskredits über CHF 5 Mio. übersteigt. Die Volksabstimmung ist für den September 2022 geplant, wenn der Einwohnerrat diesem Geschäft zustimmt. Der Gemeinderat bittet Sie diesem Antrag zuzustimmen.

## Fraktionsmeinungen

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Die nächste Sanierung in Wohlen steht an. Vor 2,5 Jahren haben wir die Motion im Rat überwiesen und wir sind auch heute überzeugt, dass die Junkholzturnhallen saniert werden müssen. Dass die Renovation in einem kurzen Zeitraum und in einer Etappe ausgeführt werden kann, ohne dass der Betrieb lange ausfällt und es somit kostengünstiger ist, begrüßen wir.

Es freut uns auch, dass für die grosszyklische Erneuerung auf ein nachhaltiges Bauen geachtet wird. Der Verpflichtungskredit beträgt mehr als CHF 5 Mio. und wird, nach der hoffentlich heutigen Zustimmung, im September an die Urne kommen. Natürlich könnte das ein Risiko für das Projekt darstellen, aber wir sind froh, dass die Kosten nicht extra unter diese Schwelle gekürzt wurden, um so die Abstimmung zu umgehen. Den so ist es transparenter und ehrlicher. Die Fraktion Die Mitte stimmt dem Verpflichtungskredit grossmehrheitlich zu.

Meier Valentin, SP: Ich kann mich dem Votum von Patrick Schmid anschliessen. Er hat schon sehr viel gesagt und daher darf ich bereits einige Punkte von meiner Liste streichen.

Bereits bei der Überweisung der Motion der Liegenschaftskommission vertrat die SP die Meinung, dass die Sanierung der Junkholzturnhalle sinnvoll und überfällig ist. Die bald fünfzigjährige Turnhalle soll ein neues Gesicht bekommen und auf die heutigen Standards betreffend glatte Wände oder ökologischen Überlegungen angehoben werden. Ausserdem begrüsst die SP, dass ein Anliegen aus der Jugendsession, nämlich die Erstellung eines Vordachs, ernstgenommen wurde und planerisch umgesetzt wird.

Trotz dem sportlichen Zeitplan möchte die SP darauf hinweisen, dass man frühzeitig mit den Vereinen, welche die Halle regelmässig benutzen in Kontakt treten soll. Wir hoffen, dass auch mit der Schule Wohlen ein guter Austausch stattfindet, sodass alles so glatt wie die neuen Wände in der Turnhalle über die Bühne geht. Zuletzt erachtet die SP es als einen sinnvollen Weg, die Bevölkerung bei dieser grossen und wichtigen Ausgabe über knapp CHF 5 Mio. mitentscheiden zu lassen. Die SP Wohlen wird dem Bericht und Antrag einstimmig zustimmen.

Koch Francine, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unterstützt diesen Verpflichtungskredit zur Sanierung der Turnhalle Junkholz einstimmig aus drei Gründen:

### 1. Notwendigkeit

Wir stufen die Sanierung, aufgrund des aktuellen Zustandes der Halle, als notwendig ein. Wir müssen die Hallensanierung jetzt in Angriff nehmen, um Mehrkosten durchlaufende Reparaturen möglichst gering zu halten. Eine Ablehnung des Kredits führt nur zur Verschiebung des Problems.

### 2. Wichtigkeit

Sporthallen werden rege von Schulen und Vereinen genutzt und sind essenziell für die Infrastruktur unserer Gemeinde.

### 3. Blick in die Zukunft

Eine Sanierung ist eine Aufwertung der Gemeinde Wohlen. Der Zeitpunkt ist aufgrund der aktuellen Zinslage gut. Mit einer weiteren geschätzten Nutzungsdauer von 45 Jahren stellt es eine sinnvolle Investition in Jugend und Sport dar.

Andermatt Dennis, GLP/EVP: Wir sind der Meinung, dass die Turnhalle Junkholz nach fast 50 Jahren Betrieb eine Sanierung mehr als verdient hat. Undichte Dächer und diverse Defekte am Gebäude sind zwingend zu beheben, damit die Schülerinnen und Schüler und auch die Vereine ungefährdet Sport treiben können. Je länger man mit Revisionen zuwartet, desto teurer werden sie im Endeffekt. Der Antrag ist gut dokumentiert, die Visualisierung der Hallen ist stimmig. Der Punkt «Nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften» im Antrag gefällt unserer Fraktion. Schade ist einfach, dass die Junkholzturnhalle keinen überregionalen Charakter aufweist, was Fördergelder verhindert. Aus unserer Sicht ist der Betrag knapp über CHF 5 Mio. gerechtfertigt. Wir erhalten drei moderne Hallen für die nächsten 40 Jahre. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Antrag einstimmig.

Christen Peter, SVP: Am 26. April 2021 hat der Einwohnerrat einem Verpflichtungskredit über CHF 360'000 inklusive 7,7% MWST zugestimmt. Wir haben diesem damals ebenfalls zugestimmt, weil wir wissen wollten, welche Kosten auf uns zukommen. Einmal mehr wurde uns aber vor Augen geführt, wie wir planen viel Geld auszugeben. Sage und schreibe CHF 5,1 Mio. wollen wir für eine Sanierung der Dreifachturnhalle ausgeben. Und dies bei unserer bekannten Finanzlage in Wohlen. Die Gebäuediagnose der Turnhalle vom Oktober 2020, welche vom Unternehmen Meier + Steinauer Partner AG durchgeführt wurde hat gezeigt, dass sich die Turnhalle in einem befriedigenden Zustand befindet, jedoch einige Erneuerungen und Massnahmen für die Funktionalität, zur Erfüllung aller Normen und Richtlinien und zur Senkung Energieverbrauch notwendig wären. Eine Dringlichkeit wurde in diesem Bericht aber verneint. Und jetzt geben wir in einem ersten Schritt für über CHF 5 Mio. wieder grünes Licht. Ich bin froh, dass dieser Kredit schlussendlich auch noch durch eine Volksabstimmung genehmigt werden muss und ich bin gespannt, wie das Volk entscheiden wird. Vielleicht gibt es doch den einen und anderen Bürger, der auch realisiert, wie es Wohlen finanziell geht. Die SVP unterstützt einen leistungsorientierten Turnunterricht und dafür sind die Voraussetzungen in diesen Hallen noch lange gegeben.

Wir sind gegen ein Kostendach, das jede Vorstellung überschreitet. Vergleichen wir die Turnhalle mit dem Schulhaus Halde, in welchem heute noch Unterricht stattfindet. Die Sanierung ist im Moment aus unserer Sicht nicht nötig. Im Frühjahr 2020 wurden als Notmassnahmen und um Schäden zu verhindern, die dringlichsten Sanierungs- und Instandsetzungsmassnahmen an den Fassaden und am Dach ausgeführt. Wir haben bereits erwähnt, dass das CHF 20'000 gekostet hat. Stellen Sie diese Teilinstandstellung von CHF 20'000 dem Kredit von über CHF 5 Mio. gegenüber. Da können wir noch einige Male «Pflasterli-Arbeiten» ausführen. Die Turnhalle ist heute und auch morgen nicht einsturzgefährdet. Man kann in ihr turnen und man geht nicht unter lebensbedrohlichen Voraussetzungen in sie hinein. Zugegebenermassen kann es etwas kalt werden und vielleicht gibt es an einigen Orten undichte Stellen. Aber grundsätzlich wird in einer Turnhalle Sport getrieben und dabei sollte man eigentlich nicht kalt haben, weil man sich bewegt.

Wir sind der Meinung, dass die Sanierung der Turnhalle zusammen mit der Sanierung des Schulhauses Junkholz in einem gesamtheitlichen Konzept ausgeführt werden kann. Es ist uns allerdings bewusst, dass die Turnhalle ein einzelner Baukörper darstellt und deshalb auch ohne das Schulhaus saniert werden kann. Aber noch einmal: für uns ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Man darf vielleicht noch einmal daran erinnern, dass wir momentan in Wohlen eine Dreifachturnhalle für CHF 16 Mio. in der Hofmatten und ein neues Schulhaus in der Halde für mehr als CHF 55 Mio. bauen. Diese Projekte sind noch nicht einmal fertiggestellt und wir fangen schon wieder an, weitere Projekte zu bewilligen. Wann hört das irgendwann einmal auf? Bauen wir nicht besser, etwas fertig und schauen dann, was uns das unter dem Strich wirklich kostet und ob diese CHF 55 Mio. wirklich ausreichen oder ob dann schlussendlich nicht noch einen Nachtragskredit gestellt wird. Ich bin nicht sicher, ob die vorausgesagten Kosten so eintreffen werden.

Ich habe es vorhin bereits einmal erwähnt, es vermittelt ein bisschen den Eindruck, als ob wir eine Goldküstengemeinde sind und grundsätzlich genügend Geld da ist, um jeden Wunsch sofort zu erfüllen. Uns ist klar, dass in der Vergangenheit Wesentliches nicht saniert wurde. Das legitimiert aber nicht, dass wir jetzt alles auf einmal nachholen.

Schliessen wir doch zuerst die jetzigen aktuellen Bauprojekte ab und widmen uns danach der Sanierung des Schulhauses Junkholz mit der Turnhalle zusammen. Es ist kein Geheimnis, dass mit der Sanierung des Junkholzschulhauses nochmals über CHF 10 Mio. auf uns zukommen werden. Das ist nochmals ein sehr grosser Betrag. Da dieses Projekt dem obligatorischen Referendum unterliegt, hat das Volk in dieser Sache das letzte Wort und wir hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein Zeichen setzen und eine gleiche Ansicht zu diesem Projekt haben, wie wir. Schön wäre es, wenn es gar nicht so weit kommen müsste und der Einwohnerrat das Projekt ablehnt. So wie es aussieht, wird das nicht passieren, aber das Volk wird uns vielleicht eines Besseren belehren. Die Fraktion SVP Wohlen wird dem Kredit von CHF 5,01 Mio. einstimmig ablehnen.

## **Einzelvoten**

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich glaube, ich bin einer von den wenigen im Saal, der eine Renovation oder eine Instandstellung für Gebäude hinterfragen oder ablehnen würde. Ich mache mir andere Gedanken.

Peter Christen hat es bereits erwähnt, wir haben momentan in Wohlen einige grosse Projekte, welche momentan umgesetzt werden. Das grösste Projekt, das Schulhaus Halde, kommt jetzt auf uns zu. Das Volk hat diesem zugestimmt. Ich frage mich, ob die Gemeinde Wohlen momentan über genügend Ressourcen verfügt, um das grosse Projekt durchzuziehen. Der Sanierung der Turnhalle Junkholz stimmen wir

wahrscheinlich auch zu, aber können wir dieses Projekt auch ohne fremde Hilfe stemmen? Die Turnhalle Hofmatten ist auch noch nicht fertig.

Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Wenn wir jetzt das Projekt der Turnhalle Junkholz zwei Jahre hinauschieben, verlieren wir nichts. Das ist ein Betonbau, der nicht mehr kaputt geht. Gefährdet ist auch nichts. Aber in zwei Jahren wissen wir eventuell, was uns die Turnhallen Hofmatten und das Schulhaus Halde kosten, da diese Projekte bis zu dem Zeitpunkt bereits viel weiter fortgeschritten oder bereits abgeschlossen sein werden. Vielleicht haben wir Glück und alle Projekte können mit dem erteilten Kredit fertiggestellt werden. Es kann aber auch sein, dass wir Pech haben und noch viel höhere Kosten auf uns zukommen.

### **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Genehmigung eines Verpflichtungskredits zur Realisierung Sanierung der 3-fach-Turnhalle Junkholz im Gesamtbetrag von CHF 5'010'000 ( $\pm 10\%$ , inkl. 7.7% MWST)*

wird mit 28 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen zugestimmt.

Meier Valentin, FGPK: Ich gebe heute nicht die Meinung der aktuellen FGPK wieder, sondern jene der vorherigen FGPK aus dem Jahr 2021. Das revidierte Konzept macht auf die FGPK einen guten Eindruck und macht für eine grosse Gemeinde wie Wohlen absolut Sinn. Für die FGPK war es erfreulich, dass ein Grossteil dieses Konzepts aus gemeindeeigner Feder entstanden ist. Auch die Wahl und Definierung von den Handlungs- und Wirkungszielen sind aus Sicht von der FGPK gut gewählt. Jetzt kann man anfangen mit dem Konzept zu arbeiten, damit das nicht zu einem Schubladenpapier wird. Hilfreich ist bestimmt auch der jährliche Bericht der Kulturkommission zum Stand der Wirkungs- und Handlungsziele an den Gemeinderat. Natürlich wurden auch mögliche Folgekosten vom neuen Kulturkonzept in der FGPK besprochen. Jedoch müssen diese wie gewohnt zuerst über einen Bericht und Antrag im Einwohnerrat besprochen und dann auch noch angenommen werden. Zum Schluss möchte die FGPK den Gemeinderat bitten, bei neuen kulturellen Ideen von Seiten der Gemeinde Hand zu bieten und pragmatische und kostengünstige Lösungen zu finden, um das kulturelle Leben in Wohlen noch vielfältiger und attraktiver für alle Wohlerinnen und Wohler zu gestalten. Zudem möchte sich die FGPK bei allen kulturschaffenden Wohlerinnen und Wohler bedanken, die sich oft in unzähligen ehrenamtlichen Stunden für das kulturelle Leben in Wohlen verausgaben.

Die damalige FGPK hat den Bericht und Antrag einstimmig zur Kenntnis genommen.

Vogt Roland, Gemeinderat: Mit dem Kultursekretariat, der Kultur- und Kunstkommission, dem Kulturpreis und über 40 Kulturinstitutionen hat sich Wohlen in den letzten Jahren sehr gut weiterentwickelt und die Kultur in Wohlen etabliert. Die Kultur soll in Wohlen gefördert werden und zu den Kernaufgaben von einer Zentrumsgemeinde gehören. Das wurde als kulturpolitisches Wirkungs- und Handlungsziele definiert und wird vom Gemeinderat unterstützt. Das Kulturkonzept richtet sich nach der strategischen Ausrichtung der Gemeinde und ihrem Legislaturprogramm. Das ist auch in Wohlen der Fall. In erster Linie geht es nicht darum, Kulturschaffende finanziell zu unterstützen. Viel wichtiger sieht sich die Gemeinde Wohlen in der Rolle als Ansprechperson und Berater oder um Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Kulturtreibenden brauchen eine Art Leitplanke, an der sie sich richten und bewegen können. Aus diesem Grund wurde das Kulturkonzept überarbeitet und grosszügig angepasst. Besonders geschätzt wird das lebendige und hauptsächlich ehrenamtliche und freiwillige Engagement von den Kulturschaffenden zum Wohl von Wohlen.

Das neue Kulturkonzept liegt in dieser Form heute vor und wurde in der letzten Legislaturperiode unter der Leitung vom ehemaligen Gemeinderat Paul Huwiler und der Abteilung Gesellschaft, Soziales und Bildung sowie der Kulturkommission überarbeitet. Leider konnte das Kulturkonzept nicht mehr im Dezember 2021 beraten werden. Aus diesem Grund wurde heute als Gast Paul Huwiler eingeladen und nimmt sicher gerne Stellung zu den einen oder anderen Frage.

### **Fraktionsmeinungen**

Zimmermann Beate, EVP/GLP: Im Vorfeld zur Erarbeitung des revidierten Kulturkonzepts wurden ausführliche Bedarfsabklärungen bei der Bevölkerung, bei allen in Wohlen ansässigen Kulturakteuren und bei den politischen Parteien vorgenommen. Die genannten Meinungen, Wünsche und Bedürfnisse sind im Konzept festgehalten und aus diesen wurden Wirkungsziele formuliert. Unsere Fraktion begrüsst die Verschriftlichung dieser verschiedenen Bedürfnisse. Wir begrüssen auch den im Konzept enthaltenen ausdrücklichen Auftrag ans Kultursekretariat, die operativen Massnahmen umzusetzen. Wir hoffen, dass das Kultursekretariat genügend Kapazität hat und die gut formulierten Wirkungsziele auch tatsächlich realisiert werden können.

Die Fraktion GLP/EVP nimmt das revidierte Kulturkonzept zustimmend zur Kenntnis und dankt allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Es hat etwas gedauert und auch etwas gekostet, aber jetzt ist es da, das neue Kulturkonzept. Nach einer Zangengeburt mit einigen Anläufen und Schwierigkeiten hat Wohlen nun ein Kulturkonzept, das einer Zentrumsgemeinde unserer Grösse würdig ist. Wohlen hat das grosse Glück, immer wieder junge kreative Nachwuchstalente zu haben, die sich im kulturellen Bereich stark engagieren. Diese Talente werden beispielsweise zukünftig durch die neuen Wirkungs- und Handlungsziele der Gemeinde in verschiedenen Bereichen unterstützt. Die Kulturkommission überprüft den Stand der Umsetzung der Massnahmen und die Erreichung der Ziele periodisch und erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht.

Die Förderung von Kultur gehört zu den Kernaufgaben der Zentrumsgemeinde Wohlen. In diesem Sinne nehmen wir das Kulturkonzept zur Kenntnis und danken allen Beteiligten für die Erarbeitung und die Erstellung.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Das war eine lange Geburt – endlich liegt das revidierte Kulturkonzept vor. Ich will jetzt aber nicht lange rumnörgeln, wie lange das gedauert hat, sondern mit Freude dem neuen Konzept entgegenblicken. Die Förderung, die Pflege und die Vermittlung von Kultur ist eine wichtige Aufgabe unserer Gemeinde. Das sehe nicht nur ich als Einwohnerrätin und Mitglied in der Kulturkommission so, sondern auch alle aus der Mitte-Fraktion. Es ist uns wichtig, dass die Ziele, die definiert wurden, zeitnah umgesetzt werden. Wir begrüssen es, dass die Kulturkommission diese Ziele ernst nimmt und sich in den kommenden Monaten die Planung der Massnahmen vornimmt. Die Mitte-Fraktion nimmt die Revision des Kulturkonzeptes mit Freude zur Kenntnis.

Meyer Hans Rudolf, Dorfteil Anglikon/FDP: Die Revision des aus dem Jahre 1993 stammenden kommunalen Kulturkonzepts der Gemeinde Wohlen ist angebracht. Das Kulturschaffen in Wohlen zeichnet sich durch eine grosse Vielfalt aus. Was im ersten Kulturkonzept schon gefordert wurde, nämlich dass Wohlen Räume braucht, gilt leider heute noch. Es fehlt an günstigen Veranstaltungsorten und an grossen Räumlichkeiten mit gut ausgebauter Technik. Da wir in naher und ferner Zukunft wichtigere Projekte, wie Turnhallen, Schulhaus Halde, Junkholz, Schulraum Anglikon, Zentrumsverkehr und andere Projekte stemmen müssen, wird zusätzlicher Raum für kulturelle Veranstaltungen wohl oder übel noch warten müssen. Obwohl das Kulturkonzept 2021 in der Aufmachung modern gestaltet ist, erstaunt es uns, dass das Corporate Design der Gemeinde Wohlen in Form eines farbigen Quadrates hier nicht angewendet wurde. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon nimmt das Kulturkonzept 2021 zur Kenntnis.

Meier Valentin, SP: Es sind zusätzlich Stimmen laut geworden, dass zum Beispiel ganz konkrete Forderungen gewünscht worden wären. Die SP sieht aber den Spielraum eigentlich genau als Vorteil, sodass sich unser Gemeinderat nicht einfach mit einer Checkliste aus der Verantwortung nehmen kann. Zusätzlich finden wir die Stärkung von der Kulturkommission durch das neue Konzept sehr gut und nehmen das Kulturkonzept sehr gerne zur Kenntnis.

*Kenntnisnahme des revidierten Kulturkonzepts.*

**Antwort zur Anfrage 14131 betreffend Sozialausgaben der Gemeinde Wohlen**

---

Meier Cyrille, Präsident: Möchte die SVP die Diskussion verlangen?

Christen Peter, SVP: Danke vielmals für die Beantwortung dieser Anfrage des Gemeinderats. Wir sind mit diesen Antworten mehr oder weniger zufrieden und verzichten auf die Diskussion.

**Motion 14108 betreffend Einkauf der lokalen Sicherheit und Leistungsübernahme durch die Kantonspolizei**

Keller Samuel, FDP: Es ist jetzt spät und man könnte meinen, dieses Thema könnte man schnell Ad acta legen. Nein, das ist ein ganz ein wichtiges Thema, das wir diskutieren und angehen müssen. Wir haben die Problematik, dass der Service Public in Wohlen nicht mehr ganz aufrechterhalten ist. Wenn ich mir vorstelle, dass die Sicherheit, unsere Polizei, ein Adler wäre und jetzt über Wohlen hinweg schwebt, dann fliegt er mit gestutzten Flügeln. Die viertgrösste Gemeinde des Kantons Aargau hat keinen Kantonspolizeiposten und damit fehlen der Bevölkerung wesentliche Sicherheitsdienstleistungen. Ich mache drei Beispiele. Stellen Sie sich vor es ist gerade ein Verkehrsunfall am Bärenkreisel passiert. Die Regionalpolizei ist als erstes da. Sie darf aber nichts machen ausser zu sichern. Sie muss auf die Kantonspolizei warten, damit diese die Aufnahme machen kann. In meinem zweiten Beispiel meldet sich ein Mann betreffend häuslicher Gewalt seiner Nachbarn. Die Regionalpolizei rückt aus und sie können den Fall regeln, bis in der Diskussion klar wird, dass eine allfällige Körperverletzung, eine Drohung, oder gar eine Freiheitsberaubung im Spiel ist. Dann muss die Kantonspolizei angefordert werden und die Regionalpolizei darf den Tatbestand nicht weiter aufnehmen. Und im dritten Beispiel muss ein Einschleichenstahl, ein Einbruchdiebstahl oder ein Internet-Betrug gemeldet werden. Diese Meldungen darf jedoch nur die Kantonspolizei entgegennehmen und daher muss man nach Muri fahren. Mein Fazit ist, dass das duale Polizeisystem im Allgemeinen für Bürger undurchsichtig und zusätzlich für Wohler Bürgerinnen und Bürger mühsam ist, da man nicht alle Dienstleistungen in Wohlen sofort beziehen kann. Aus diesen Gründen hat Werner Dörig die Motion eingereicht, die nichts anderes will, als den kompletten Service wieder hier in Wohlen zu haben. Plakativ gesagt, sollen alle Polizisten, die wir in Wohlen haben, eine einheitliche Kantonspolizeiuniform tragen.

Übrigens beide Polizeien benutzen die gleiche Software und den gleichen Rapportblock, sie sind aber unterschiedliche beschriftet. Diese Motion wurde eingereicht, weil wir eine Zusammenfassung wollten, was im Kanton abläuft und die Positionen und das Verhältnis zwischen den einzelnen Akteuren erfahren. Ausserdem wollten wir die Haltung des Gemeinderates und der Regionalpolizei zu diesem Thema wissen. Wir wollen auch zum Ausdruck bringen, dass wir nicht zufrieden sind mit dieser Situation. Es sind viele Akteure in dieses Thema verwickelt, die Wohler Bevölkerung, die wir als Einwohnerrat vertreten, der Gemeinderat, die Regionalpolizei, die Kantonspolizei, die Kantonsregierung und der Grosse Rat.

Wir möchten uns beim Gemeinderat für den ausführlichen Bericht bedanken. Der Gemeinderat hat eine Analyse durchgeführt und signalisiert, dass er Veränderungen mittragen würde, die offensichtlich in der Polizeilandschaft auf uns zukommen könnten. Aber aus dem Bericht spürt man deutlich heraus, dass der Gemeinderat die Zusammenarbeit und die Einflussnahme in die Regionalpolizei höher gewichtet als den Service Public für die Bevölkerung. Deshalb hat sich die Fraktion FDP/Dorf Dorfteil Anglikon einstimmig dafür entschlossen, dass die Motion überwiesen werden muss. Wir wollen damit dem Bedürfnis des Service Publics Nachdruck verschaffen. Der letzte Satz der Motion wurde mit Bedacht ausformuliert und ich möchte diesen an dieser Stelle zitieren:

*«Eine für die Gemeinde Wohlen angemessene und faire Lösung ist anzustreben».*

Wir sind auch gespannt auf eure Meinungen, insbesondere auf die Meinung Der Mitte, da sich Harry Lütolf anlässlich der letzten Budgetsitzung vom 18. Oktober 2021 sich positiv für die Motion geäussert hat. Ich zitiere: *«Der Kantonspolizeiposten befindet sich nun in Muri. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass es ein Fehler ist. Langfristig muss dieser Posten wieder nach Wohlen geholt werden unter dem Titel Entschädigungen sollte man mit dem Kanton vielleicht nochmals das das Gespräch suchen».* Sollte der Einwohnerrat dem Gemeinderat folgen und die Motion zurückweisen, werden wir als Partei weiterhin am Ball bleiben, was uns einfach fällt, da Denise Strasser zuständige Ressortvorsteherin des Bereichs Sicherheit ist. Wir werden zeitgerecht weitere Vorstösse einreichen.

Sie erlauben mir zum Schluss einen Aufruf anzubringen. Liebe Grossräte und Grossrätinnen, die sich in diesem Saal befinden, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie Mitglieder der Regionalpolizei, die heute um 19.30 Uhr alle aus diesem Saal verschwunden sind, was ich nicht verstehe. Ich bitte Sie, dass Sie in jedem Gespräch, das Sie mit einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin des Kantons führen, das Thema thematisieren und mit Nachdruck einen vollen Service

Public verlangen. Die viertgrösste und schnellwachsende Gemeinde im Aargau Gemeinde hat diese Wertschätzung verdient.

## Fraktionsmeinungen

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich kann eigentlich alles unterstützen, was der Sprecher der FDP ausgeführt hat. Es muss das Ziel sein, dass wir wieder einen Kantonspolizeiposten haben, sei das im dualen System oder mit einer Einheitspolizei. Dieses Anliegen wird aber nicht im Einwohnerrat, sondern auf einer anderen Ebene diskutiert. Im Grossen Rat ist entschieden worden, dass man ein duales System will. Meines Wissens ist nur die Stadtpolizei Baden berechtigt, Aufgaben der Kantonspolizei zu übernehmen. Dieses Recht haben sie nicht eingekauft, sondern sie haben schon immer diese Aufgaben gemacht, es ist also eine Art Tradition. Es ist gesetzlich geregelt, dass bei allen anderen die Aufgaben klar verteilt sind. Wenn man damit nicht einverstanden ist, muss man die Leistungen einkaufen. Die Mitte ist klar der Meinung, dass wir ein gutes System haben und die Leistungen nicht eingekauft werden müssen. Wir lehnen darum die Motion ab. Aber für uns ist es auch klar, dass der Gemeinderat bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sei das in einer zukünftigen Einheitspolizei oder auch wenn das duale System bestehen bleibt, darauf bestehen soll, dass wir diesen Kantonspolizeiposten zurückbekommen. Es kann nicht sein, dass die viertgrösste Gemeinde keinen Kantonspolizeiposten hat.

Wir haben heute einen Kredit bewilligt für den Posten der Regionalpolizei, wo man allenfalls einen Kantonspolizeiposten errichten könnte, wofür die Ortsbürger im Baurecht sicher auch Hand bieten würden. Die Mitte Fraktion lehnt diese Motion ab.

Hüsler Max, SVP: Obwohl die Fraktion SVP mit dem Motionär Werner Dörig einig ist, dass der Beschluss des Regierungsrates, den Standort der Kantonspolizei von Wohlen nach Muri zu verlegen, ein schwer nachvollziehbarer Entscheid ist, schliessen wir uns dem Antrag des Gemeinderates einstimmig an, den Einkauf der lokalen Sicherheit und Leistungsübernahme durch die Kantonspolizei nicht zu überweisen. Der Einfluss damit auf die Tätigkeiten des lokalen Polizeiorgans erheblich eingebüsst würde. Zudem soll die Gemeinde Wohlen keine Vorreiterrolle spielen, zumal dadurch weitere Kosten entstehen würden. Wir sind der Meinung, allfällige Beschlüsse des Kantons abzuwarten.

Sax Simon, GLP/EVP: Die Motion ist auch für uns so nicht zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Wohlen Anrecht und auch wahrscheinlich das Bedürfnis nach einem Kantonspolizeiposten hat. Das duale Polizeisystem wird aber vom Kanton geregelt. Deshalb sind wir der Meinung, dass mit dem Einkauf von Leistungen keine Lösung herbeizuführen ist. Wir wollen aber doch betonen, und ich glaube, das hat die Motion schlussendlich auch im Sinne, dass das Thema weiterbearbeitet wird. Ich appelliere auch an sämtliche Entscheidungsträger, Einfluss darauf zu nehmen, sodass entweder die Lösung mit einem Polizeiposten in Wohlen in Aussicht wieder gestellt werden kann oder dass auch das duale Polizeisystem in eine Einheitspolizei umgewandelt werden kann. Wir würden das die deutlich bessere Variante finden.

## Einzelvoten

Lütolf Harry, Die Mitte: Da ich von Samuel Keller angesprochen wurde, erlaube ich mir das Wort zu ergreifen. Samuel Keller hat mich falsch verstanden bei diesem Votum, das ich tatsächlich abgegeben habe an diesem Datum. Es war nicht meine Meinung, dass wir uns den Kantonspolizeiposten, der nach Wohlen kommen soll, mit unseren Regionalpolizei erkaufen sollen. Es wäre hoch riskant zu versuchen unsere Regionalpolizei abzuschaffen, in der Hoffnung, dass der Kanton dann einsichtig ist und den Kantonspolizeiposten wieder von Muri nach Wohlen verschiebt. Die Chance, dass der Posten dann freiwillig verschoben wird, ist nicht sehr hoch.

Ich bin ein Verfechter des dualen Systems, wie wir es heute pflegen. Wir kennen, das auch vom Ausland, zum Beispiel von Amerika oder Italien, die eine kommunale Polizei oder eine Regionalpolizei und eine Bundespolizei haben. Ich denke, wir haben einen guten Trumpf im Ärmel, wenn wir selbst bestimmen können, welches Sicherheitsangebot wir zusätzlich zudem, das uns die Kantonspolizei anbietet, bei uns anbieten möchten. Als ich damals am Bahnhof Wohlen angegriffen wurde, ist die Regionalpolizei als erste da gewesen und die Kantonspolizei wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt angefordert. Ich war sehr froh, dass die Regionalpolizei so schnell bei mir war. Die Regionalpolizei erledigt sehr wichtige Aufgaben für unsere Gemeinde. Wenn die Bürgerin oder der Bürger etwas von der Polizei möchte, wählt sie oder er

üblicherweise zuerst die Nummer 117 und dann kommt entweder die Regional- oder die Kantonspolizei. Für mich ist das kein unvollständiger Service Public, da es der Person, die 117 wählt, eigentlich egal ist wer kommt, Hauptsache ist, dass jemand kommt. Ich bin von Samuel Keller falsch verstanden worden und möchte auch, wie es Ruedi Donat gesagt hat für unsere Fraktion, dass der Kantonspolizeiposten wieder nach Wohlen kommt. Aber wir erkaufen uns das nicht mit der Auflösung der Regionalpolizei.

Vogt Roland, Gemeinderat: Als ehemaliger Ressortvorsteher Sicherheit möchte ich noch gerne Stellung nehmen zu dieser Motion und den Einwohnerrat bitten, die Motion nicht zu überweisen.

Wir haben im Kanton Aargau das duale Polizeisystem und das System hat sich grossmehrheitlich bewährt. Das haben auch Bevölkerungsumfragen gezeigt. Das Volk des Aargaus ist zufrieden mit der Polizei, sie fühlen sich sicher. Der Kanton hat mittlerweile auch erkannt, dass es gewisse Anpassungen benötigt. Man hat im letzten Jahr eine Evaluation veranlasst und man musste eruieren, was verbessert werden kann und was nicht und ob man an diesem System festhalten will. Der Kanton ist zum Schluss gekommen, dass entweder eine Einheitspolizei geschaffen oder eine Anpassung am dualen System gemacht werden muss. Da gebe ich Samuel Keller auch Recht, momentan gibt es zu viele unnötige Doppelspurigkeiten.

Der Grosse Rat wird dieses Jahr über dieses Thema beraten und einen entsprechenden Beschluss fällen. Aus Sicht von Wohlen ist es aber wichtig, dass wir die Sicherheit und somit die Regionalpolizei in unseren eigenen Händen halten können und auch sagen können, wo uns der Schuh drückt. Mit einem Leistungseinkauf wären wir nur noch Zahler der Kantonspolizei und diese würde uns sagen, was sie machen können und was nicht. Der Verkehrsunterricht zum Beispiel wird nicht von der Kantonspolizei angeboten. Wenn wir also die Leistungen einkaufen würden, bliebe diese Aufgabe weiterhin bei den Gemeinden. Wir müssten also eine Privatperson dafür anstellen. Ich finde es aber sehr wichtig, dass weiterhin ein Polizist in die Schule geht und die Kinder somit ihre ersten Erfahrungen mit der Polizei sammeln können.

Ich möchte mich zu den drei genannten Beispielen von Samuel Keller äussern. Bei einem Verkehrsunfall kommt es nicht darauf an, wer zuerst am Unfallort ist, sondern dass die Regionalpolizei oder die Kantonspolizei schnell vor Ort ist. Es kann aber nicht sein, wie es im Moment ist, dass zuerst die Regionalpolizei vor Ort ist, Hilfe leistet, die Unfallstelle sichert und danach Kantonspolizei mit einer Doppelpatrouille kommt und dann vier Leute vor Ort sind, wovon eine Person einen Bericht schreibt. Das sind Leerläufe, welche man anpassen muss. Auch bei häuslicher Gewalt ist es wichtig, dass schnell jemand vor Ort ist, der dem Opfer helfen kann. Heute schreibt die Kantonspolizei den Bericht, wenn es um grobe Sachverhalte geht, ansonsten macht das aber auch die Regionalpolizei. Einen Einbruch kann man bei einem Polizeiposten melden, aber die Polizei muss danach in mein Haus kommen, um die Spuren zu sichern. Am besten ruft man die Nummer 117 an und die Polizei kommt dann zum Tatort. Aus Sicht des Gemeinderates ist es immer noch ärgerlich, dass die Kantonspolizei von Wohlen nach Muri verschoben wurde, aber das hat mit der Strategie 2020 zu tun. Wir haben alles versucht, aber konnten den Entscheid nicht rückgängig machen, da es sich um einen finanzpolitischen handelt. Wir haben also keine andere Wahl, ausser diesen zu akzeptieren. Ich bitte Sie heute kein Zeichen setzen zu wollen, sondern zuerst den Grossrat diskutieren zu lassen und den entsprechenden Entscheid abzuwarten. Wir müssen keine Vorreiterrolle einnehmen und irgendwelche hohen Kosten übernehmen nur damit schlussendlich die Leistung nicht stimmt.

## **Abstimmung**

Die Motion 14108 wird mit 6 Ja-Stimmen zu 33 Nein-Stimmen abgewiesen.

Cyrille Meier, Präsident: Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich für die aktive Teilnahme. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 25. April 2022 um 18.00 Uhr statt. Nach der Sitzung wird es einen Apéro geben. Bleiben Sie gesund und gute Nacht.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Für das Protokoll

  
Cyrille Meier  
Präsident

  
Michelle Hunziker  
Gemeindeschreiber-Stv.